ovember 1912

...ehr Freude
Dr. P. W. v. Keppler
...schof von Rottenburg
... Leinw. M 3.—, in Juchten
...0, in Pergament M 6.—
...6.—75. Tausend
soeben erschienen
...von Herder, Freiburg i. B.
...ch alle Buchhandlungen
zu beziehen.

...ent sucht 1 oder 2 möbl. Zimmer
...iger Lage. Angebote un...
...109 an die Geschäftsstelle de...
...chen Merkur.

...adt-Theater.
...g, den 8. November. 8 Uhr
...rauffährung.
...eld des Westerlands
...ödie von J. M. Synge.
...ewöhnliche Preise.
...ag, den 9. Novbr. 8 Uhr.
...r liebe Augustin.
...erette von Leo Fall.
Erhöhte Preise.
6108

Samstag, 9. November.

Der Westfälische Merkur erscheint täglich zweimal, am Tage nach Sonn- und Feiertagen einmal.
Beilagen: Illustrierte Unterhaltungs-Beilage (wöchentlich), Verlosungsliste von Wertpapieren (3 mal monatlich).
Redaktion: Lütkegasse 1—3. Sprechstunden 10—11 Uhr vorm.
Geschäftsstelle: Königstr. 59. Geöffnet 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends.
Verlag u. Rotationsdruck der Westfälischen Vereinsdruckerei.
Probenummern: Achttägiger Probeversand des Westfälischen Merkur gratis und franko. Bestellungen mit deutlicher Adressenangabe wolle man richten an die Geschäftsstelle, Königstraße 59.
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Redaktion Nr. 203, Geschäftsstelle Nr. 112.

Westfälischer Merkur.

Gegründet 1822. Morgen-Ausgabe. 91. Jahrgang.

1912. — Nr. 570.

Bezugspreise:
Vierteljährlich: In Münster bei der Geschäftsstelle M 3,00; auswärts bei allen deutschen Postämtern M 3,50.
Zweimonatlich: In Münster bei der Geschäftsstelle M 2,00; auswärts durch die Post (jedoch nur für die beiden letzten Monate des Quartals) M 2,31.
Einmonatlich: In Münster M 1,00; auswärts durch die Post (für jeden einzelnen Monat des Quartals zulässig) M 1,17.
Einzelnummer: Zu haben in der Geschäftsstelle, an den Bahnhöfen usw. à Exemplar 10 Pfg.

Anzeigenpreise:
Für die Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklamezeile 75 ₰.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 59, sowie sämtliche Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

Hierzu die ‚Illustrierte Unterhaltungs-Beilage'.

Deutschland.

Berlin, 8. Nov.

Die Enzyklika des hl. Vaters über die Arbeiterorganisationen, die wir in der Nr. 569 des „Westf. Merkur" zum Abdruck brachten, sollte, wie uns von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, erst am kommenden Sonntag veröffentlicht werden. Uns war der zum Abdruck gebrachte Text von Fulda aus zugesandt und zwar wohl infolge eines bedauernswerten Versehens des Absenders ohne ein auf den Termin der Veröffentlichung Bezug nehmendes **Begleitschreiben.** Daher mußten wir annehmen, daß die Veröffentlichung der Schreiben des Papstes und der Bischöfe sofort nach Empfang der Sendung erfolgen sollte, um so mehr, als sie in den letzten Tagen wiederholt als bevorstehend bezeichnet wurde. Wir stellen hiermit den Sachverhalt klar, um etwaigen irrigen Auslegungen von vornherein zu begegnen.

Mit der bevorstehenden Reichstagspräsidentenwahl beschäftigt sich der Abg. Erzberger im „Tag" vom 6. November. **Er geht davon aus, daß bei den Präsidentenwahlen im Frühjahr die Volkspartei nur dadurch zu zwei Mandaten kam, daß die Nationalliberalen unerfüllbare Forderungen stellten und die Sozialdemokratie die Annahme beider Stellen gestattete, und schreibt weiter:**

Das Zentrum vertrat den aus der Situation sich logisch ergebenden Standpunkt: vier Präsidentenstellen, so daß Zentrum, Konservative, Nationalliberale und Volkspartei je eine Stelle erhalten hätten, da die Sozialdemokratie sich selbst ausschloß durch die Weigerung, die mit dem Amte verbundenen Pflichten zu übernehmen. Ueber die Reihenfolge der Parteien im Präsidium hätte sich leicht eine Verständigung erzielen lassen. Die Nationalliberalen aber kamen dagegen mit zwei Bedingungen, die nicht annehmbar waren: sie forderten nicht nur die Stelle des ersten Präsidenten für sich, obwohl sie nur die viertstärkste Fraktion sind, sondern sie knüpften noch die Bedingung daran, daß kein Konservativer im Präsidium sitzen dürfe. Das war politischer Terrorismus, auf den sich das Zentrum nie einlassen konnte; es hat sich immer gegen den gewaltsamen Ausschluß einzelner Parteien aus der Mitarbeit gewehrt. In jenen reichbewegten Tagen tauchte bei den vielen Kombinationen auch einmal folgende auf: Zentrum — Nationalliberale — Volkspartei; sie wurde von liberaler Seite ganz entschieden vertreten; aber schließlich nicht weiter verfolgt.

Es gibt nun Kreise, welche diese Kombination heute für die gegebene halten; sie weisen darauf hin, daß nur das Zentrum in die Stelle des Herrn Kaempf einzurücken brauche, und alles sei gemacht; kein weiterer Wechsel sei erforderlich; man habe dann ein Präsidium, das der Zusammensetzung des Reichstags entspreche, die derzeitige Stellung des Zentrums richtig markiere und in den beiden liberalen Vizepräsidenten zum Ausdruck bringe, daß der Liberalismus heute mehr Einfluß habe als im letzten Reichstage. Daß sich ein solches Präsidium bilden kann, ist gut möglich, auch daß es Bestand haben kann; ob es sich aber bilden wird, ist noch ganz und gar unsicher und ungewiß. Keine einzige Fraktion hat zu dieser Frage Stellung genommen: nur persönliche Ansichten kommen derzeit in der Presse zum Ausdruck. Alle Kombinationen hängen in der Luft.

Nur eines darf man sagen: der im Frühjahr vom Zentrum gemachte Vorschlag des Viererpräsidiums ist auch heute noch der beste und zweckentsprechendste. Es spricht dafür schon der Umstand, daß der Reichstag in nahezu zwei gleich große Teile gespalten ist; da bleibt ein Dreierpräsidium immer politisch unklar. Aber dazu kommt das sachliche Bedürfnis: derzeit ist nur ein Präsident des Reichstages da; Dr. Paasche befindet sich auf einer Weltreise. Die Arbeiten im Reichstage rechtfertigen einen vierten Präsidenten, zumal dieser gar nichts kostet, als daß man ihm ein Zimmer einräumt. Im Jahre 1906 hatte man vorübergehend einen „Aushilfspräsidenten" nehmen müssen, da ein Präsident krank war. So kann es jeden Augenblick wieder werden. Die Sitzungen im Reichstage werden nicht kürzer, die Arbeitslast der Präsidenten wird nicht geringer; andere Parlamente haben schon längst vier oder gar fünf Präsidenten. Das sachliche Bedürfnis nach einer Vermehrung der Präsidenten läßt sich gar nicht in Abrede stellen; heute entspricht es auch der Zusammensetzung des Reichstages. Vielleicht hat dieser auf lange Jahre hinaus eine Scheidung in zwei gleiche Gruppen. Mehrheit und Minderheit haben ein Interesse daran, im Präsidium vertreten zu sein: die Viererzahl gestattet dies immer besser als ein Dreierpräsidium, staatsrechtlich richtig gesagt: als ein Präsident und zwei Vizepräsidenten; denn „wir haben (im Reichstag) kein Präsidium".

Mit diesen Ausführungen beschäftigt sich die „Köln. Ztg.", die, wenn sie auch nicht über die Absichten der nationalliberalen Reichstagsfraktion in dieser Frage unterrichtet sei, doch glaubt, „daß an der Wiederwahl Kämpfs um so weniger zu zweifeln ist, als seine Mehrheit jetzt um einen Abgeordneten größer ist als damals. Die Wahrscheinlichkeit spricht deshalb für die Wiederwahl Kämpfs zum Ersten Präsidenten, weil nichts dagegen spricht; es läßt sich kein Grund finden, der einen Wechsel in der Person des Ersten Präsidenten verlangte." Wenn der Abgeordnete Erzberger nebenher noch ein Viererpräsidium fordere fügt das Blatt hinzu, so sei das eine Forderung, über die sich wohl reden lasse, die aber die Tatsache, daß der Linken im neuen Reichstag die Spitze gebühre, nicht weiter berührt. Man muß natürlich die Entschlüsse der Fraktionen des Reichstags abwarten, wie sie sich zur Wiederwahl Kämpfs stellen werden, und ob sie den damaligen „Notbehelf" zu einem dauernden machen wollen.

Eine bemerkenswerte Kritik an der Großblockidee übt der Landtagsabgeordnete Professor Eickhoff in einem dem freisinnigen „Lüdensch. Tagebl." zugesandten Artikel über die „Fortschrittliche Volkspartei in Berg und Mark". Eingehend legt Eickhoff dar, daß die Fortschrittliche Volkspartei in Berg und Mark bei den letzten Reichstagswahlen eine große Niederlage erlitten; drei Hochburgen der Fortschrittspartei, Hagen-Schwelm, Altena-Iserlohn und Remscheid seien in die Hände der Sozialdemokraten gefallen. Es müsse die Aufgabe sein, den verlorenen Besitz wiederzuerobern.

„Aber diese Aufgabe, so fährt Prof. Eickhoff fort, ist nicht so leicht, und sie war vielleicht niemals so schwer wie in unseren Tagen. Denn die Sozialdemokratie hat in diesen drei vorwiegend industriellen Wahlkreisen gewaltige Fortschritte gemacht. . . Eben deshalb aber muß die wichtigste Aufgabe der fortschrittlichen Volkspartei in Berg und Mark die sein, einen scharfen Strich zwischen sich und der Sozialdemokratie zu ziehen, den Wählern immer aufs neue wieder vor Augen zu stellen, daß die Sozialdemokratie die Todfeindin des liberalen Bürgertums ist. Es war, glaube ich, der verstorbene Reinhard Schmidt, der einmal dem Fürsten Bülow sagte, wenn unsere Partei nicht existierte, so müßte sie erfunden werden. Er wollte damit ausdrücken, daß eine entschieden liberale freiheitlich und fortschrittlich gesinnte Partei in Deutschland notwendig sei, um einen Wall gegenüber der Sozialdemokratie zu bilden. In dem Augenblick, wo die Grenzen zwischen Fortschrittspartei und Sozialdemokratie, die Eugen Richter klar und deutlich und für jedermann verständlich aufgerichtet hat, verwischt werden, in demselben Augenblick hat unsere Partei ihre Existenzberechtigung verloren, ist die Partei dahin, weil die einen nach rechts, die anderen nach links abschwenken."

Viel Anklang dürfte Professor Eickhoff bei seinen freisinnigen Genossen wohl nicht finden, zumal ja dieser von ihm gewollte Strich zwischen der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten immer mehr und mehr verwischt ist. Das hat ja auch die jedenfalls nicht ohne Gegenrechnung erfolgte sozialdemokratische Dämpfung bei der Berliner Reichstagsersatzwahl neu erwiesen.

□ **Zur Förderung des Baumwollbaues** in den deutschen Kolonien und zur Herbeiführung einer Verständigung über die Aufbringung und Sicherstellung der Mittel hierfür hat der Staatssekretär des Innern eine Konferenz auf Montag, den 25. November anberaumt, zu der eine große Reihe amtlicher Körperschaften, privater Verbände und Einzelpersonen eingeladen worden sind. Im Wesentlichen handelt es sich um die Beschaffung von Mitteln, die die Fortführung der Baumwollbauunternehmungen, der Baumwollbaukommission des kolonialwirtschaftlichen Komitees gestatten.

§ **Die Schlächter gegen das russische Fleisch.** Wiewohl die städtische Einfuhr von russischem Fleisch den Berliner Markt in günstiger Weise beeinflußt und die Lieferungen sich nicht nur glatt vollziehen, sondern auch vollkommenen Absatz finden, suchen die dortigen Schlächter sie fort und fort beim Publikum herabzusetzen. In einer zahlreich besuchten Versammlung hat, wie die „Allg. Fleischer-Zeitung" mitteilt, die Berliner Fleischerinnung eine Erklärung abgegeben, in der es unter anderem heißt, daß mit der Einfuhr und dem Verkauf russischen Fleisches dem Publikum wirklich billiges Fleisch nicht geboten werde. Die Qualität des russischen Fleisches sei auf Grund der jetzt vorliegenden Erfahrungen überwiegend als minderwertig zu bezeichnen, da es leerfleischig — mithin knochenreicher — und übermäßig fett sei. — Demgegenüber wird dem „Berl. Tageb." von der berufenen Stelle des Berliner Magistrats erklärt, daß das russische Fleisch von fachmännischer Seite nach wie vor als durchaus einwandfrei und als gute Mittelware bezeichnet wird. Bei Gelegenheit einer erst kürzlich vorgenommenen Besichtigung des russischen Fleisches im Schlachtviehhof sei von seiten eines Kreistierarztes die Güte des Fleisches besonders anerkannt worden.

§ **Gegen den Zudrang zum höheren Lehramt sollen neue Maßnahmen getroffen werden, denn für die nächsten Jahre dürfte eine bedenkliche Ueberfüllung des höheren Lehramts zu erwarten sein. Schon jetzt sind 871 anstellungsfähige Kandidaten des höheren Lehramts vorhanden, von denen nur 600 Verwendung finden können. Im Jahre 1913 würde bereits mit 1056 Kandidaten zu rechnen sein. Die Zahl der Kandidaten, die noch zwei Jahre bis zur erwarteten Anstellung gebrauchen, beläuft sich bereits auf 1290. Deswegen ist, wie wir in Berliner Blättern lesen, in Erwägung gezogen worden, bei den Kandidaten des höheren Lehramts ähnlich zu verfahren wie bei den Assessoren, nämlich den Kandidaten, die sich weniger bewährt haben und minder gute Zeugnisse aufweisen, sofort die Eröffnung zu machen, daß sie in absehbarer Zeit auf eine Anstellung nicht rechnen können.**

⊡ **Eine jüdische Stimme für die Aufhebung des Jesuitengesetzes.** Während fortschrittliche Presse und fortschrittliche Parlamentarier sich durchweg gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes erklären — die Forderung der Trennung von Staat und Kirche steht ja nicht mehr im fortschrittlichen Programm —, erklärt sich die Zeitschrift „Im deutschen Reich", Organ des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, nachdrücklich als Gegnerin dieses Gesetzes. Im Novemberheft (Nr. 11) der genannten Zeitschrift liest man folgende Sätze:

„Die „Märk. Ztg." hat zur rechten Zeit daran erinnert, daß weder Lasker noch irgend ein anderer hervorragender Jude sich seinerzeit mit der Einführung des Jesuitengesetzes einverstanden erklärt hat, das von dem antisemitischen Gründer der „Kreuzztg.", Geheimrat Wagener, angeregt und von denselben konservativen Fraktionen durchgesetzt (?) wurde, mit denen in letzter Zeit das Zentrum im schwarzblauen Block so eng verbunden war. Das Sprichwort, daß Undank der Welt Lohn ist, wird das Zentrum nie bei Juden, sondern weit eher bei antisemitisch angehauchten Konservativen bewährt finden, auch wenn es sich um Jesuiten handelt."

Der Mitarbeiter der Zeitschrift „Im deutschen Reich" ist gewiß organisierter deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Und doch ist er ein solcher Fremdling in Israel, daß er nicht sieht, wie gegenwärtig gerade solche Blätter, die jüdische Verleger oder Redakteure haben, eifrig Material zusammenstellen, das dem Fortbestande des Jesuitengesetzes dienlich ist oder sein soll. Wir glauben: er ist diesmal ein Rufer in der liberalen Wüste.

Ein Verfassungskonflikt in Mecklenburg.

⊙ **Rostock**, 7. Nov. Nicht bloß das Land Mecklenburg, sondern auch die größte Stadt im Lande, Rostock, hat ihren sehr ernsten Verfassungskonflikt. Die Rostocker Bürgervertretung hatte in ihrer letzten Sitzung auf Antrag des Führers der fortschrittlichen Fraktion einstimmig beschlossen, die vom liberalen Wahlverein beider Mecklenburg an den Reichstag gerichtete Petition betr. die Erwirkung einer mecklenburgischen Verfassung durch Reichsgesetz und die Einführung des Reichstagswahlrechtes für den Landtag beim Reichstage durch ein Gesuch nachdrücklich zu unterstützen. Jetzt hat der Rostocker Rat bei Androhung einer Ordnungsstrafe von 1000 M der Bürgervertretung die Absendung dieses Gesuches verboten. In der nächsten Sitzung dürfte es deshalb zu lebhaften Erörterungen kommen. Die Mitglieder des Rostocker Rates werden auf Lebenszeit gewählt.

Zentralverein für deutsche Binnenschiffahrt.

sh. **Berlin**, 6. November.

Der große Ausschuß des Zentralvereins für deutsche Binnenschiffahrt hielt heute abend unter fast vollzähliger Beteiligung seiner Mitglieder im Gebäude der Berliner Handelskammer eine Sitzung ab.

Handelskammersyndikus Dr. **Freymark**-Breslau referierte über die preußische Eisenbahntarifpolitik und legte dann folgende Resolution vor: „Der Zentralverein für deutsche Binnenschiffahrt erwartet von einem Hand-in-Handarbeiten der Eisenbahn mit der Schiffahrt beim Ausbau der Eisenbahntarifpolitik eine wirksame Förderung nicht nur der Schiffahrt, sondern der gesamten Volkswirtschaft. Er spricht sich dafür aus, daß bei den direkten Ausnahmetarifen auch die Zuschlagsstellen in geeigneten Fällen — unbeschadet des mit diesen Tarifen verfolgten Zweckes — berücksichtigt werden." — Der Referent führt im einzelnen hierzu aus: Es ist freudig zu begrüßen, daß wir in letzter Zeit auch Vertreter der Landwirtschaft auf unserer Seite gefunden haben, und wir können auch damit rechnen, daß wir bei der Eisenbahnverwaltung für die Wünsche der Schiffahrt ein geneigtes Gehör finden. Wenn heute Tarifmaßnahmen zum Schaden der Schiffahrt durchgeführt werden, so hat das seinen Grund darin, daß bestimmte Erwerbsgruppen Tarifherabsetzungen erstreben, deren Interessen von der Regierung für wichtiger gehalten werden als die der Schiffahrt. Früher erkannte die Regierung die Interessen der Schiffahrt nicht als gleichwertig und vollwertig mit denen anderer Berufsklassen an, sie versagte ihre Anerkennung sogar, wenn es sich bei der Schiffahrt um Lebensinteressen, bei anderen Berufsklassen nur um untergeordnete Interessen handelte. Die Regierung stellte sich auf den Standpunkt: die Schiffahrt ist nur die Hüterin der nationalen Güterproduktion, sie hat sich damit zu begnügen, was ihr von Industrie und Landwirtschaft dargeboten wird. In allerneuester Zeit hat sich der Standpunkt der Eisenbahnverwaltung geändert. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat im vorigen Jahre in programmatischer Weise im Abgeordnetenhause erklärt, die Regierung habe nicht die Absicht, den Wasserstraßen durch ihre Tarife Wettbewerb zu bereiten, aber sie kann Tarifmaßnahmen nicht unterlassen, wenn sie die allgemeine Wohlfahrt fordert. Auf diesem Standpunkt steht auch der Zentralverein. Die Schiffahrt hat wohl das Recht zu verlangen, daß die Interessen der Binnenschiffahrt gleichwertig mit denen jedes anderen Berufes behandelt werden. Aufgabe der Schiffahrt wird es sein, die Berücksichtigung ihrer Interessen auf dieser Grundlage immer wieder zu verlangen und dahin abzielende Bestrebungen zu unterstützen. — Der Redner erörterte von diesem Standpunkt aus weiter im einzelnen die Tarifpolitik der Regierung und empfahl seine Resolution zur Annahme.

Der Korreferent **Huth**-Berlin-Steglitz sprach nicht vom Standpunkt der Volkswirtschaft, sondern der Schiffahrtsinteressen. Der Redner erläuterte dann ebenfalls die verschiedenen Wirkungen der Tarifpolitik. Verschiedene Organisationen haben unsere Vorschläge unterstützt. Er verlangte, daß in der Resolution noch ein Passus angefügt wird, wonach der Verkehr der Binnenumschlagplätze zu berücksichtigen sei, und der Anregung des Abgeordnetenhauses auf Heranziehung von Vertretern bei der Beratung von Gesetzentwürfen über die Binnenschiffahrt Folge gegeben werde.

In der **Diskussion** sprach zunächst Dr. **Appelt-Bremen**, der meinte, die Exporteure und Importeure sitzen jetzt in Berlin und Frankfurt, nicht mehr in Hamburg und Bremen; dort sitzen nur die Spediteure. Die Ausdehnung der Seehäfentarife sollte eine Konkurrenzfähigmachung gegen belgische und holländische Seehäfen bedeuten. — Generalsekretär Dr. **Schneider**-Berlin: Wenn die Binnenschiffahrt mit der Eisenbahn gleichberechtigt wäre, dann würden die Seehäfen zwei Zubringer haben, die Eisenbahn und die Schiffahrt. Preußen gibt billige Frachtsätze nach den Seehäfen, um die Binnenschiffahrt kleinzukurieren. — Abgeordneter **Gothein** schließt sich den Ausführungen Dr. Schneiders an. Es gebe auch Seehäfentarife, die zugunsten der ausländischen Häfen dienen. Wenn gesagt worden sei, daß das Ministerium nicht genügend informiert sei, so sei es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Regierung, sich Informationen zu besorgen. Bisher habe die Ministerialabteilung die Fühlung mit den Interessenten nicht gesucht. In die Resolution müßte das lebhafte Bedauern aufgenommen werden, daß die Regierung vor den Ausnahmetarifen die Interessenten der Schiffahrt nicht gehört habe. Für die Resolution schlägt der Redner folgenden Wortlaut vor: „Der Zentralverein für deutsche Binnenschiffahrt spricht erneut sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß eine die Interessen der Binnenschiffahrt so tief berührende Maßnahme wie die Einführung und Verlängerung der Notstandstarife vorgenommen wurde, ohne die Vertreter der deutschen Binnenschiffahrt zu hören." — Landtagsabgeordneter Dr. **Schiffer** ist der Meinung, daß eine besondere Berücksichtigung der deutschen Rheinhäfen bei der Tarifierung zu einer Schädigung der deutschen Seehäfen führen würde. Die Verbilligung der Futtermittel hätte seinerzeit aber auch mit Hilfe der Schiffahrt erreicht werden können. In dem fraglichen Moment war es nicht notwendig, Sondertarife für die Eisenbahn durchzuführen. Es war da möglich, der Binnenschiffahrt zu ihrem Rechte zu verhelfen, ohne der Landwirtschaft zu schaden und ohne die großen allgemeinen Interessen zu beeinträchtigen. Das hätte allerdings bedeutet, daß die Eisenbahn weniger verdient. Die Eisenbahn ist nun ein Erwerbsinstitut und jedes Erwerbsinstitut will verdienen. Die ungeheure Bedeutung der Eisenbahneinnahmen für unseren Etat verlangt es, daß man mit ihr nicht Wohltätigkeit übt, sondern Geschäfte macht. Trotzdem dürfen wir nicht vergessen, daß die Eisenbahn ein Staatsinstitut ist, und daß jeder Staatsbetrieb ein Musterbetrieb sein soll, der nicht nur Geschäfte macht, sondern auch staatliche Funktionen ausübt. Das Verdienen hat seine Grenzen, wo andere Organisationen dieser mächtigen Konkurrenz unterliegen müssen. Daher müßte die Eisenbahn in einzelnen Punkten mehr Rücksicht auf die Schiffahrt nehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie etwas weniger verdient. Daß dieses geschwisterliche Empfinden nicht in dem Maße vorhanden ist, wie es sein sollte, das entnehme ich auch aus den Aeußerlichkeiten, die hier so scharf hervorgehoben sind. Wenn es geradezu prinzipiell abgelehnt wird, seitens des Ministeriums in eine Verbindung mit den Schiffahrtsinteressenten zu treten, so ist das ein Dignitätsstandpunkt, das ist eine Zurücksetzung, die keinem anderen Stande zuteil geworden ist. Jeder Einwand, daß dazu die Zeit nicht langte, ist lächerlich in der Zeit des Telephons und des Telegraphen. Binnen 24 Stunden hätten sich die berufenen Männer zu einer Beratung bereit finden lassen. Damit soll man uns also nicht kommen. Die jähen und plötzlichen Eingriffe des Staates gerade in das gesunde Wirtschaftsleben sind für dieses von äußerster Gefahr. Es würden praktische Vorteile herauskommen, wenn die Männer der Praxis das Wort haben, das ihnen gebührt. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Appelt**-Bremen verteidigt die Haltung der preußischen Eisenbahnverwaltung.

In seinem Schlußwort erklärt der Referent Dr. **Freymark**-Breslau, daß er mit seiner Resolution eine vermittelnde Stelle einnehmen wolle. — Die Resolution Freymark wird schließlich angenommen, aber mit einem Amendement Dr. Schneider, wonach der Passus „in geeigneten Fällen" zu ersetzen sei durch das Wort „grundsätzlich". Auch die Resolution Gothein gelangte zur Annahme.

Der Vorsitzende Geheimrat Professor **Flamm**-Charlottenburg machte dann noch einige technische Mitteilungen über die Verhütung einer Einwirkung des Schraubenwassers auf die Kanalsohle, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Der Krieg auf dem Balkan.

Nur weiter, nur weiter!

Der Papierkorb der Weltgeschichte hat das türkische Vermittlungsgesuch verschlungen. Die Staatslenker von Konstantinopel haben sich zur Fortsetzung des Kampfes entschlossen. Es heißt, daß die Generäle das Beharren im Kampfe gefordert hätten; aber sehr bezeichnend ist die gleichzeitige Meldung, daß auch jungtürkische Politiker das Ministerium scharf gemacht haben. Anscheinend haben die bedächtigen Minister mit der Gefahr rechnen müssen, daß Unruhen, entständen, wenn sie ihre Friedenspolitik fortsetzen wollten.

Die Fortsetzung des Krieges ist bedauerlich, aber nicht überraschend. Das Gesuch an die Mächte um Vermittelung hatte ohnehin schlechte Aussichten. Erstens mußten die Mächte sich noch einig werden über die Art und Weise, wie sie das Gesuch an die Balkanstaaten „weitergeben" sollten, und zweitens hätten die Balkanregierungen das Gesuch entweder geradezu abgelehnt oder doch dilatorisch behandelt. Denn nach den überraschenden Erfolgen der Bulgaren, Serben und Griechen sind deren Selbstbewußtsein und die Rauflust natürlich hoch gestiegen und der Drang nach einer gründlichen, vollständigen Niederwerfung des Gegners übermächtig geworden. Es ist begreiflich, daß König Ferdinand die guerre à fond führen, das Kriegsglück bis zum letzten Tropfen ausschöpfen will. Ehe er auf halbem Wege stehen bleibt, muß eine ganz andere Bremse angezogen werden, als ein papierenes Vermittelungsgesuch.

Nach dem Zusammenbruch der Tschataldscha-Stellung würde die Pforte vermutlich wieder einen Hilferuf an die Mächte erlassen. Aber bei dem zweiten Hilferuf wird sie noch weniger Mitleid finden, als bei dem schnell widerrufenen ersten Notschrei. Je länger der Kampf fortgesetzt wird, desto weniger Raum bleibt für Halbheiten. Die europäische Diplomatie hat eine Aufgabe zu lösen, wie sie in dieser Schwere seit Menschengedenken ihr nicht gestellt war. Das einzige, was die Diplomatie bei der Fortsetzung des Kampfes gewinnt, ist ein bischen Zeit. Doch werden die Herren sich trotzdem beeilen müssen, denn die Bulgaren betreiben, wie die Erfahrungen gezeigt haben, ihre Kriegsgeschäfte mit affenartiger Geschwindigkeit. Sie werden auch die Auffrischung ihrer Armee und den weiteren Vormarsch gewiß schneller durchführen, als den Türken und den Diplomaten lieb ist.

* * *

Die „Voss. Ztg." schreibt u. a.: „Die türkische Hauptstadt war bisher kein Ziel unserer Bestrebungen." Diese Aeußerung tat der frühere bulgarische Ministerpräsident, jetzige Vorsitzende der Sobranje, Herr Danew. Er sagte damit nicht ganz die Wahrheit. Keine glorreichere Vorstellung gibt es für die Bulgaren und ihren Herrscher als der Besitz von Konstantinopel. Doch wissen sie, daß ihnen, ungeachtet aller ruhmreichen Waffentaten, Konstantinopel niemals zufallen wird. Die Großen in Europa überlassen ihnen die Stadt am Goldenen Horn nicht. Trotzdem drängen sie mit aller Macht auf Konstantinopel zu. Konstantinopel wäre mehr als eine Schlacht wert, wenn man es behalten darf. So aber müssen sich die Bulgaren fragen,

* Unpolitische Zeitläufe.

(Nachdruck verboten.) Berlin, 7. Nov.

Wenn Geschwindigkeit Hexerei wäre, so müßten die Bulgaren und Serben verbrannt werden. Denn sie betreiben das Siegen im hundertpferdigen Automobiltempo. Das geht mit einer unheimlichen Fixigkeit, die man gar nicht mehr gewöhnt ist. Der Tripoliskrieg schleppte sich ein ganzes Jahr hin, und zwar in der Hauptsache auf derselben Stelle. Auch der Krieg zwischen Japan und Rußland schlich aus einem Jahr ins andere, so daß das letzte Aufgebot von russischen Schiffen Zeit genug behielt zu einer Weltumsegelung. Vor 35 Jahren wurde der Feldzug der Russen gegen die Türken durch das berühmte Plewna viele Monate lang aufgehalten. Der gewaltige Ringkampf zwischen Deutschland und Frankreich vor 42 Jahren wurde mit dem höchsten Aufgebot von Kraft und Kunst seitens zweier hochzivilisierter Nationen ausgefochten, und zuerst folgten auch Spichern, Wörth, Gravelotte, Sedan ziemlich schnell aufeinander. Dann aber kam die Geduldsprobe der Belagerungen. Die im Sommersonnenbrand ausgezogenen Krieger mußten auch noch Weihnachten und Neujahr im französischen Schnee und Eis feiern. Der feierliche Einzug der Sieger durch das Brandenburger Tor in Berlin lag gerade 11 Monate hinter der Mobilmachung. Erst der deutsche Krieg von 1866 bietet in der Schnelligkeit der Entscheidung ein Seitenstück zu dem gegenwärtigen Balkankrieg.

Es kommt manchmal anders, wie man denkt. Alle Welt sagte: Wie können denn die Balkanstaaten im Herbst ausrücken? Der Winter wird ja ihre Bewegungen lähmen. Obendrein ziehen sie aus, ohne ihre Kriegskasse richtig gefüllt zu haben. Wie wollen sie die riesigen Kosten des langen Feldzuges decken? — All die Zweifler haben sich geirrt, und das waren nicht bloß die Zeitungsschreiber, sondern auch die hohen Staatsmänner von Europa. Auch diese rechneten mit einer anständigen Widerstandskraft der Türkei. In dieser Annahme einigten sich die Großmächte auf die Formel von der Erhaltung des Statusquo, des bisherigen Besitzstandes. Ei, die Großmächte haben doch überall ihre Botschaften und Gesandtschaften und Konsulate und noch allerhand verkappte Kundschafter. Ein solches kostspieliges Heer von Beobachtern hätte doch rechtzeitig den Regierungen in Wien, Berlin und Paris usw. melden müssen, wie oberfaul es mit dem türkischen Heer und der türkischen Verwaltung bestellt war. Aber die Diplomaten blieben in dem Irrwahn, daß die Türkei im Verhältnis zu den „kleinen" Balkanstaaten noch eine Art Großmacht sei. Der bulgarische König Ferdinand und seine Bundesgenossen wußten besser Bescheid. Sie hatten offenbar die Wirtschaft in der Türkei ganz genau ausspioniert; sie konnten also die Ueberlegenheit ihrer eigenen Kriegsmacht richtig abtarieren und infolgedessen den forschen Angriff noch im Herbste riskieren. Sie haben die schlecht geordnete Türkenmacht in jähem Vorstoß einfach über den Haufen gerannt. Wer hätte das gedacht? Ja, wir gewöhnlichen Europäer brauchen uns des Irrtums nicht zu schämen; denn unsere hochmögenden Minister haben sich auch verrechnet. Wenn es der Zweck des Krieges ist, ein falsches Rechenexempel richtig zu stellen, so hat dieser Krieg wirklich seinen Beruf nicht verfehlt.

Ueberraschungen auf den Schlachtfeldern hat es freilich auch früher schon gegeben. Jetzt sind gerade hundert Jahre verflossen seit dem jammervollen Rückzug des großen Napoleon aus Rußland. Als Napoleon mit diesem Heere von unerhörter Stärke und Pracht auszog, wer konnte da das entsetzliche Ende ahnen. Alle Bedingungen des Sieges schienen gegeben zu sein; nicht bloß die Zahl und die Aufstellung der Truppen, auch ihr Kampfgeist, der in dem felsenfesten Vertrauen auf die überlegene Persönlichkeit des sieggewohnten Welteroberers wurzelte, versprach sichere Erfolge. Auf der russischen Seite war nichts zu sehen, was dieser wahrhaft großen Armee und ihrer Führung ebenbürtig erschienen wäre. Und doch war der Untergang besiegelt, als das französische Heer im vermeintlichen Triumph in Moskau einzog. Napoleon hatte sich auf den Kampf mit den russischen Soldaten gerüstet, aber nicht auf den Kampf mit dem Hunger und der Kälte. Er drang weiter und weiter ein in das verwüstete Land und stand nun ohnmächtig da mit seiner großen Armee, die er nicht unterbringen und nicht verpflegen konnte. Er hatte zuviel nach vorn gesehen und zu wenig nach hinten. Der Nabelstrang war zerrissen; die Zufuhr von Lebensmitteln, Kleidern usw. aus dem Mutterlande versagt. Mit einem hungrigen Heer in dem verbrannten Moskau den russischen Winter zu überstehen, war sicheres Verderben. Darum mußte er als kleineres Uebel den Rückzug wählen, der vielleicht noch einen Teil der Armee für die Zukunft retten konnte. Hätten die Russen statt des alten, zaghaften Kutosow einen schneidigen Generalissimus gehabt, so würden sie leicht den Rückweg verlegt und den Kaiser Napoleon mitsamt den Resten der „großen Armee" gefangen genommen haben. So aber wurde bei dem Vernichtungswerk die Hauptarbeit dem Frost und dem Hunger überlassen, und die besorgten allerdings mit grausigem Erfolg das Henkergeschäft. 1812 gab es einen außerordentlich strengen Winter, ähnlich wie im Kriegsjahr 1870. Napoleon I. rettete sich noch durch eine Eilfahrt über Deutschland nach Paris, während seine Armee die russischen Schneewege mit Tausenden und aber Tausenden von Leichen garnierte.

Der gegenwärtige Rückzug der türkischen Truppen erstreckt sich nicht auf so gewaltige Entfernungen und hat auch nicht so unter dem Frost zu leiden. Aber nach allen bisherigen Nachrichten liegen doch zwei fatale Aehnlichkeiten vor: einerseits in der Verwirrung und Kopflosigkeit bei dem Rückzug, andererseits in dem Mangel an Verpflegung. Man sagt, die Liebe ginge durch den Magen. Sicher ist, daß die Tapferkeit mit dem Magen in engem Zusammenhange steht. Hunger macht matt und müde. Die gute Verpflegung der Soldaten ist kein Luxus, sondern ein unentbehrliches Hilfsmittel, um die Truppe gesund, leistungsfähig und unternehmungslustig zu erhalten. Die türkischen Staatsweisen haben aber in ihrer gewohnten Gemächlichkeit auch die Zufuhr zu den Feldheeren vergessen. Vielleicht haben sie gedacht, es ginge im modernen Kriege noch ebenso, wie in den früheren Kämpfen, als die vormarschierenden Truppen sich von der Beute nährten, die sie in der jeweiligen Gegend machten, so gut oder so schlecht es eben ging. Bei der gegenwärtigen Größe der Armeen und der Schnelligkeit der Entscheidung darf man sich auf den Mundraub nicht mehr verlassen. Es muß für Zufuhr von Lebensmitteln gesorgt sein, wenn die Truppe schlagfertig bleiben soll. Ebenso wichtig ist der regelmäßige Nachschub von Munition. Verschiedene Berichterstatter melden, daß die türkische Artillerie im entscheidenden Augenblick stumm und wehrlos dastand, weil die Geschoßkisten leer waren und kein Ersatz geliefert werden konnte. Damit harmoniert die weitere Meldung, daß in Konstantinopel die Offiziere vom Kriegsministerium und die sonstigen ministeriellen Beamten bei Kaffee und Tabak politische Gespräche führten, statt für die Truppenverpflegung und für die Bereitstellung von Ersatzmannschaften zu sorgen. Im letzten Grunde entscheidet den modernen Krieg nicht die persönliche Tapferkeit, sondern die organisatorische Arbeit. Wenn in der ganzen Verwaltung Schlendrian und Schlamperei herrschen, so werden die Todesopfer vergeblich gebracht. Und allem Anschein nach geht die türkische Herrschaft zu Grunde an der Unfähigkeit zu einer geordneten, zielbewußten Verwaltungsarbeit. Nicht einmal für die Ernährung der Truppen hat man Vorsorge getroffen, mit der Vorbildung und Ausrüstung wird es gewiß ebenso schlecht stehen.

Daß die Magenversorgung für die weltgeschichtliche Entscheidung auf dem Schlachtfelde von so großer Bedeutung ist, enthält auch für Friedenszeiten eine wichtige Lehre und ist ein Trost für unsere braven Hausfrauen, die für ihre Küchenarbeit oft wenig Dank und Anerkennung finden. Wer etwas Tüchtiges leisten soll, sei es im Felde oder in der Werkstatt, der muß auch tüchtig essen, und wer den schaffenden Männern die gedeihliche Mahlzeit bereitet, der ist ein wichtiger Mitarbeiter und ein berechtigter Teilhaber an ihren Erfolgen. Die Hausfrau, die mit Fleiß und Kunst ihre Familie im guten Nahrungszustande erhält erwirbt sich ein höheres Verdienst um das Gemeinwohl, als die Emanzipierte, die in irgend einem „höheren Beruf" den Männern überflüssige Konkurrenz macht. Zu der Kochkunst der braven Hausmutter gesellt sich die ganze übrige Verwaltungstätigkeit im Hause. Die Familie ist ein kleines Staatswesen, und wenn dort eine bessere Ordnung und ein frischeres, fruchtbareres Leben herrscht, wie in der unglückseligen Türkei, so ist das vor allem der weiblichen Sorgfalt zu danken. So lange wir tüchtige Frauen haben, wird es auch an tüchtigen Männern nicht fehlen.

ob sie noch tausende Menschenleben dafür opfern wollen. Die „Befreiung der unterjochten Brüder jenseits des Rilo und des Rhodope" ist vollzogen. Fallen Adrianopel, Saloniki und Skutari, was anscheinend in kürzester Zeit zu gewärtigen ist, so haben die vier christlichen Balkanstaaten die ganze europäische Türkei in der Hand. Der kleine, kaum 40 Kilometer lange Zipfel zwischen der Tschataldscha-Linie und dem Bosporus gleicht dann selbst einer belagerten Festung, um deren Schicksal man sich nicht weiter kümmern brauchte. Ueberall sind bereits von den Eroberern die eigenen Zivilverwaltungen eingesetzt worden. Den hinter Tschataldscha eingeschlossenen Resten der türkischen Armee könnte zugerufen werden: „Kommt und verjagt uns, wenn ihr dazu imstande seid!" In Wirklichkeit ist der Krieg so gut wie beendet. Wo kein Feind mehr steht, hat die Eroberer-Armee nichts mehr zu tun. Was sich hinter der Tschataldscha-Linie abspielt, könnte als Nebensache betrachtet und behandelt werden. Wenn trotzdem die Bulgaren, durch Serben verstärkt, Miene machen, sich den Weg nach Konstantinopel zu öffnen, so sind gewichtige Rücksichten politischer Natur dafür maßgebend. Solange überhaupt noch eine türkische Armee, einerlei von welcher Kraft, auf europäischem Boden steht, ist die Türkei in der Lage, bei den Friedensverhandlungen zu feilschen. So lange nicht jede Spur des Widerstandes beseitigt ist, haben die Großmächte leichteres Spiel, den Ansprüchen der Balkanstaaten auf Gebietserweiterung engere Grenzen zu ziehen. **Konstantinopel ist das kostbarste aller Pfänder für die Durchsetzung dieser Expansionsbestrebungen.** In Konstantinopel ständen die Eroberer dem Besiegten Aug in Aug gegenüber. Die Unbequemlichkeit einer fremden Einmischung in die Friedensverhandlungen wäre weniger zu befürchten.

Paris, 8. Nov. Der offiziöse „Petit Parisien" meldet, der hiesige serbische Gesandte habe gestern dem Ministerpräsidenten Poincaré **mitgeteilt**, daß **Serbien einen Zugang zum Adriatischen Meer**, und zu diesem Zwecke einige Häfen, darunter Durazo und San Giovanni di Medua, sich aneignen wolle. Von dieser Absicht hätten die Vertreter Serbiens auch mehrere andere Großmächte verständigt.

Paris, 8. Nov. Der ehemalige Minister Hanotaux tritt im „Figaro" warm dafür ein, daß Frankreich dem **bulgarischen** Volke, dem es im entscheidenden Augenblick der Geschichte Beistand geleistet habe, auch jetzt im Verein mit den übrigen Großmächten **behilflich** sei, seine **volle Entfaltung zu erlangen**. Frankreich werde mit dieser Politik große Vorteile finden. Es habe in der Türkei **außerordentliche Interessen**, und es sei deshalb dringend nötig, daß es politisch in der Lage sei, mit den künftigen Besitzern der Gebiete zu verhandeln, die seine Bürgschaften ausmachten. Aber es handle sich auch noch um ein Interesse, welches alle anderen überwiege: um das europäische Gleichgewicht. Auf dem Balkan werde eine Macht des Gegengewichts durch eine andere Macht des Gegengewichts ersetzt. Frankreich könne sich nur vor dem Wahlspruch des Geschicks beugen, aber es wäre zu schmerzlich, wenn es nicht ernten würde, wo es gesät habe, und anderen den Vorteil der neuen Situation überlassen würde, die es vorhergesehen und vorbereitet habe.

Vor Skutari.

Rjeka, 8. Nov. (Tel.) Die letzten Vorbereitungen für den Hauptangriff gegen Skutari sind beendet. Trotz des achttägigen Regenwetters sind Geschütze, Munition und Lebensmittel nach dem Operationsgebiet gebracht worden. Auch die Artillerie ist in den festen Angriffsstellen untergebracht. In den letzten Tagen fanden am Bojana und am Drien weitere kleine Gefechte unter beiderseitigen erheblichen Verlusten statt.

*

Bulgariens zivilisatorische Ausnutzung seiner Siege.

Sofia, 8. Nov. Das Ministerium des Innern beauftragte die **neuernannten Unterpräfekten** von Mustapha Pascha, Kirdschali, Kirkkilisse, Malko-Tirnowo, Gorna-Dschumaja, Lüle-Burgas, Baba-Eski, Wisa-Wassiliko und Kotschani im Hinblick auf die binnen kurzem zu gewärtigenden **Gemeindewahlen**, Matrikel anzulegen. Der Verwaltungsrat der bulgarischen Landwirtschaftsbank bereitet eine Bestellung von Agenten für die genannten Orte vor, um der durch den Krieg geschädigten Bevölkerung rasch und wirksam zu Hilfe zu kommen. Die Post- und Telegraphendirektion ernannte bereits das Dienstpersonal für die neuen Gebiete.

Sonstige Meldungen.

Konstantinopel, 8. Nov. (Tel.) Wie versichert wird, erklärte der Großwesir in der gestrigen Versammlung der Botschafter auf der Pforte, die Türkei sei entschlossen, Widerstand bis zum äußersten zu leisten.

Konstantinopel, 8. Nov. (Tel.) Nach einem offiziellen Telegramm des Walis von Adrianopel **vom 6. November** haben **die Kämpfe in der Zone von Adrianopel** sich folgendermaßen abgespielt: Am 22. und 23. Oktober griffen Abteilungen der Adrianopeler Garnison die Positionen auf der Linie Jussuf-Tauschan-Korudschu an; der Kampf endete erfolgreich. Am 27. Oktober griff der Feind den Sector Marasch nordwestlich der Fortifikationen von Adrianopel an. Infolge des tapferen Widerstandes der ottomanischen Truppen gestaltete sich der Kampf sehr blutig. Der Angriff des Feindes wurde zurückgeschlagen und seine Annäherung an den Sector wurde verhindert. Am 29. Oktober wurde ein Ausfall unternommen, der dem Feinde große Verluste beibrachte. Am Sector Marasch kam es abermals zu einem blutigen Kampfe; der Feind wurde 2 bis 3 Kilometer zurückgetrieben. Am 5. November brachten wir dem Feinde abermals beträchtliche Verluste bei.

Petersburg, 8. Nov. (Tel.) Wie die „Nowoje Wremja" meldet, traf ein Abgesandter des armenischen Katholikos mit einem besonderen Auftrage an die Minister Kokowzew und Ssassonow hier ein. Einem Interviewer schilderte er die **gefährliche Lage der Armenier in der Türkei** und sprach die Hoffnung auf die Unterstützung der armenischen Interessen durch Rußland aus.

Berlin, 8. Nov. In den letzten Tagen hieß es verschiedentlich, daß der in türkischen Diensten stehende **deutsche Oberstleutnant Veith**, früher bei den 11. Dragonern, seit der Schlacht bei Kirkkilisse vermißt werde und möglicherweise von seinen eigenen Soldaten erschossen worden sei. Dem gegenüber erfährt der „Lokalanzeiger", daß bei dem Bruder des angeblich Vermißten, Dr. Veith, am Montag aus Konstantinopel ein Telegramm eingetroffen ist, wonach dieser aus Tschorlu eine vom gleichen Tage stammende Depesche des Oberstleutnant erhielt, mit dem Wortlaut: Bin gesund. Außerdem hat Dr. Veith am 4. dieses Monats eine vom 24. vorigen Monats, also am zweiten Tage der Schlacht bei Kirkkilisse, einen Brief erhalten, dessen Inhalt die kurz darauf erfolgte Niederlage etwas unverständlich macht. Der „Voss. Ztg." wird aus Konstantinopel gemeldet unter dem 7. November: „Von dem deutschen Oberstleutnant Veith traf die Meldung aus Tschorlu ein, daß er **völlig wohlauf** sei."

Rom, 8. Nov. Der ehemalige Oberst des italienischen Generalstabs, Barone, meldet aus dem Bulgarenlager an die „Tribuna", daß es feststehe, Generalfeldmarschall **von der Goltz** habe von Deutschland aus die Kriegsoperationen der Türkei geleitet. (Das ist ganz zweifellos unrichtig. Nach Auslassungen einer Berliner Korrespondenz hat von der Goltz wohl früher seine Ratschläge für einen solchen Kriegsfall erteilt, aber es ist nicht nach ihnen verfahren worden.)

London, 8. Nov. Nach einer Meldung des Konstantinopeler Berichterstatters des „Daily Chronicle" erstattete der Generalissimus **Nazim Pascha** dem Kriegsministerium einen **Bericht**, in dem er offen erklärt, daß der Zustand der Ostarmee **absolut verzweifelt** sei. Von Disziplin könne keine Rede mehr sein. Er habe selbst **50 Offiziere wegen Feigheit** und anderer schwerer Verbrechen vor dem Feinde vor das Kriegsgericht gestellt und **erschießen lassen**.

Weiter wird gemeldet, es fehle in Konstantinopel nicht an Stimmen, die den **deutschen Lehroffizieren** die Schuld an dem gänzlichen Zusammenbruch der türkischen Armee geben. Aber das sei vollständig **unrichtig**; denn die türkischen Offiziere (wohl in ihrer Allgemeinheit, aber nicht ohne Ausnahmen! D. R.) hätten sich niemals auch nur die geringste Mühe gegeben, von den deutschen Offizieren etwas zu lernen. Die Türken haben bei ihrem Rückzug auf die Tschataldschalinie 120 Geschütze im Stich gelassen, nicht zuletzt durch die Schuld der Offiziere, die einfach auf ihren Pferden davonjagten, sobald ihre Batterien Gegenfeuer bekamen. **Die gänzlich ungenügende Versorgung mit Lebensmitteln und die unglaubliche Unfähigkeit eines durch fortwährende Parteikämpfe zerrütteten und um jede Spur von Militärgefühl gebrachten Offizierkorps seien die Hauptschuld an dem gänzlichen Zusammenbruch der türkischen Wehrmacht.**

Newyork, 8. Nov. Nach einem Telegramm aus Valparaiso hat sich die **türkische** Regierung bemüht, das chilenische **Schlachtschiff** und die Torpedobootszerstörer, die in England gebaut werden, **anzukaufen**. Es wird aber gemeldet, daß Chile einen Verkauf der Schiffe abgelehnt habe.

(Weitere Meldungen siehe unter „Neueste Nachrichten".)

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 7. Nov. Der **Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten** der österreichischen Delegation setzte heute vormittag die Erörterung des Budgets des Aeußern fort. Der Slowene **Korosetz** wies die gestrigen Angriffe des Sozialdemokraten Dr. Ellenbogen gegen die Haltung des Thronfolgers in politischen Fragen zurück und sprach seine Befriedigung darüber aus, daß der Thronfolger in seinem starken Verantwortlichkeitsgefühl sich um die Interessen der Monarchie kümmere. Der Tscheche **Masaryk** erklärte, er billige es, daß die Thronrede und Berchtolds Darlegung den Statusquo aufgegeben und die Absichten auf Gebietserweiterung abgeleugnet hätten; es wirke aber befremdend, daß das Verhältnis zu Italien und Rumänien so stark betont würde. Eine serbische Adriastation sei nicht gegen den Vorteil Oesterreichs. Man müsse endlich das kulturelle Streben der Balkanvölker verstehen lernen. Die Türkei, die man überschätzt habe, gehe unaufhaltsam ihrer Auflösung entgegen, auch in Asien; Oesterreich habe wirtschaftliche Interessen am Balkan, aber die Losung müsse lauten: Wettbewerb und nicht Krieg! Delegierter Graf **Clam-Martinitz** führte aus, er vertraue vollkommen dem Minister des Aeußern, daß dieser in ernster Stunde das Steuer richtig führen werde. Bei den heutigen Verhältnissen verstehe der Redner unter den legitimen Interessen der Monarchie auf dem Balkan die unbedingte Erhaltung der wirtschaftlichen Vorzugsstellung und Bürgschaften für die Zukunft. Er hoffe, daß die agrarischen Kreise, besonders in Ungarn, die bisherigen Hindernisse gegen gute wirtschaftliche Beziehungen zu dem Balkan im gesamtstaatlichen Interesse aufgeben würden. Unter Bürgschaften für die Zukunft verstehe er gegenseitiges Vertrauen. Man müsse sich dagegen wenden, daß nicht etwa eine großserbische Politik verbreitet werde. Eine wichtige Bürgschaft sei jedoch die Befestigung im Innern; deshalb verurteile er die Zustände in Kroatien und sehne den deutsch-tschechischen Ausgleich herbei. Er begrüße eine rege Fühlungnahme mit Rußland auf dem Balkan und empfehle noch engere, festere Beziehungen. Der Redner schloß, daß Oesterreich-Ungarn, wirtschaftlich stark und gut gerüstet, ruhig den Ereignissen entgegensehen könne. Der Delegierte **Udrzal** warnte davor, etwa Rumänien gegen die Balkanstaaten auszuspielen. Selbst wenn die Türkei in Europa erhalten bliebe, würde sie sich immer vollständig im Fahrwasser des englischen Einflusses befinden. Als Hort der Gerechtigkeit für alle Oesterreich bewohnenden Völker wäre Oesterreich in der Defensive gewiß immer imstande, unverwüstliche Kräfte hervorzubringen. Die Offensive wäre für Oesterreich mit Rücksicht auf seine geographische Lage und seine ethnographische Zusammensetzung immer gefährlich. Delegierter **Tomaschek** erklärte, nach der Befestigung der Verhältnisse auf dem Balkan werde sich auch die internationale Politik künftig freundlicher gestalten. Daß der Friede um jeden Preis erhalten werde, dazu solle nicht nur der Minister, sondern auch die Parteien durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik beitragen. Delegierter **Langenhan** erklärte, in manchen deutsch-nationalen Kreisen befürchte man, daß durch beträchtliche Gebietserweiterungen der südslawischen Staaten die Forderungen der Südslawen ins Maßlose anwachsen könnten und deshalb bestehe eine gewisse Stimmung für den Krieg (?) mit den Balkanstaaten. Man dürfe Serbien nicht im Zweifel darüber lassen, daß Albanien seiner politischen Einflußsphäre entrückt sein müsse. Rumäniens Bestrebungen bezüglich der Dobrudscha müssen unterstützt werden. Delegierter Dr. **Kramarz** verlangte zur Vermeidung eines Weltkrieges entschieden die definitive Regelung der Balkanfrage, spricht sich gegen die Errichtung eines selbständigen albanischen Reiches aus, aber für die Aufteilung Albaniens an die Balkanmächte. Es liegt kein Grund vor, Serbien einen Adriahafen zu verweigern, welcher allerdings unbefestigt bleiben müsse. Das Lebensinteresse der Monarchie sei die Freiheit der Adria, nicht gegen Serbien, sondern gegen Italien. Konstantinopel werde nicht ein Sammelpunkt neuer Kräfte für die Türkei bleiben können, sondern höchstens eine offene Stadt. Wegen des Adriahafens oder wegen Albaniens dürfe man nicht die ganze Politik des loyalen Wohlwollens gegen die Balkanvölker gefährden. Delegierter **Wolf** führte aus, es sei erfreulich, daß die Zumutung von dem „Desinteressement absolut" von unserem Auswärtigen Amt als nicht vereinbar mit den Interessen Oesterreichs zurückgewiesen worden sei. Vom deutsch-nationalen Standpunkt sei der Zusammenbruch der Türkei und das Emporkommen einer slawischen Großmacht auf die Dauer gefährlich. Redner warnte die Leitung der auswärtigen Politik, sich bei der Neubildung der Dinge auf dem Balkan der von Kramarcz und Schusterstic gegebenen Rezepte zu bedienen. Delegierter **Schwegel** erklärte eine einfache Aufteilung Albaniens sei unnatürlich. Der albanische Volksstamm verdiene volle Berücksichtigung. Vereinbarungen mit Serbien über ein gemeinsames wirtschaftliches Gebiet wäre zweckmäßig. Delegierter Freiherr v. Fuchs protestierte namens der Christlichsozialen gegen die Behauptung des Sozialisten Ellenbogen, daß die Christlichsozialen den Krieg wollen und in der „Reichspost" zum Kriege hetzen.

Rußland.

Petersburg, 8. Nov. Der Minister des Verkehrs ersuchte den Ministerrat ihm zu gestatten wegen der Steigerung der russischen Kohlenpreise **im Auslande Steinkohlen anzukaufen** und zwar 40 bis 50 Millionen Pud für die Bahnen der Krone und 50 Millionen Pud für die Privatbahnen, da infolge des Mangels an russischer Kohle und infolge der Preissteigerung man genötigt sei, die unantastbaren Kohlenvorräte anzugreifen. Der Ministerrat beschloß, zu gestatten, daß 10 bis 15 Millionen Pud zur Auffüllung der unantastbaren Vorräte der Privatbahnen im Auslande gekauft werden, sowie ferner die Einsetzung einer Kommission, die unter dem Vorsitz des Handelsministers erörtern soll, ob nicht ein Bezug von ausländischer Kohle für die Bahnen der Krone zu vermeiden sei.

Ein russischer Vertrag mit der Mongolei.

Petersburg, 7. Nov. Ein russisch-mongolisches Abkommen ist am 3. November abgeschlossen worden. Darin sagt die russische Regierung der Mongolei ihre Unterstützung zu bei Aufrechterhaltung des autonomen Regims, das sie errichtet hat, sowie in dem Recht auf ein nationales Heer und in dem Bestreben, chinesische Truppen und chinesische Ansiedler von ihrem Terrain fernzuhalten. Der Gouverneur der Mongolei und die mongolische Regierung belassen wie bisher den russischen Untertanen und dem russischen Handel ihr Besitzrecht und ihre Privilegien, die im Protokoll aufgezählt sind, dabei versteht sich, daß die Untertanen anderer Nationen in der Mongolei nicht mehr Rechte als die russischen Untertanen genießen dürfen. Wenn die mongolische Regierung es für notwendig befindet, mit China oder einer anderen fremden Macht einen Separatvertrag zu schließen, darf sich dieser neue Vertrag in keinem Falle gegen die Bestimmungen des gegenwärtigen Abkommens richten, und das dem Vertrage beigefügte Protokoll nicht ohne Zustimmung der russischen Regierung abändern. Das gegenwärtige freundschaftliche Uebereinkommen tritt mit dem Tage in Kraft, an dem es unterzeichnet ist.

Amerika.

Ithaca, 7. Nov. Der Deutsche Kaiser hat dem frühern amerikanischen Botschafter in Berlin, White, seine Glückwünsche zum 80. Geburtstag übermittelt.

Städtisches.

Münster, 8. November.

⊡ **Von der Universität.** Den Doktorgrad in der philosophischen und naturwissenschaftlichen Fakultät erwarb sich Herr Theodor Wolpes. Die Dissertation war der Geschichtswissenschaft entnommen und lautete: Die politischen Beziehungen Brandenburgs zu Schweden in den Jahren 1672 bis 1675.

⊙ **Postscheckverkehr.** Nachdem im August d. J. der preußische Finanzminister den alsbaldigen Anschluß der Regierungs-Hauptkassen, Kreiskassen und sonstigen staatlichen Kassen an den Postscheckverkehr in ganz Preußen angeordnet und demnächst der preußische Justizminister zum 1. Januar 1913 den Anschluß der Justiz-Hauptkassen, Gerichts- und Gefängniskassen an den Postscheckverkehr bestimmt hatte, ist jetzt auch noch vom preußischen Landwirtschaftsminister der alsbaldige Anschluß der ihm unterstellten Staatskassen an den Postscheckverkehr angeordnet worden. Die Zahl der mit Postscheckkonto ausgestatteten Post-, Telegraphen- und Fernsprechämter des Reichs-Postgebietes ist bereits auf 1000 gestiegen. — Im Reichspostgebiet ist die Zahl der Kontoinhaber im Postscheckverkehr Ende Oktober 1912 auf 73 106 gestiegen. (Zugang im Monat Oktober allein 1 269). Auf diesen Postscheckkonten wurden im Oktober gebucht 1 450 Millionen Mark Gutschriften und 1 433 Millionen Mark Lastschriften. Das Gesamtguthaben der Kontoinhaber betrug im Oktober durchschnittlich 151 Millionen Mark. Im Verkehr der Reichspostscheckämter mit dem Postsparkassenamt in Wien, der Postsparkasse in Budapest, der luxemburgischen und belgischen Postverwaltung sowie den schweizerischen Postscheckbureaus wurden 7,1 Millionen Mark umgesetzt und zwar auf 3 070 Uebertragungen in der Richtung nach und auf 13 700 Uebertragungen in der Richtung aus dem Auslande.

\+ **Auf die Rettungsvorrichtungen an der Aa**, die beim Fabrikanten Stemker, Mecklenbeckerstraße 27 (Telephon Nr. 1) untergebracht sind, sei bei Eintritt der kälteren Jahreszeit und den Gefahren, die beim ersten Frost das frühe Betreten des Eises unserer Aa bieten, hingewiesen.

Provinzielle Nachrichten.

§ **Ibbenbüren**, 7. Nov. Ein **Unglücksfall** ereignete sich am Dienstag Abend beim „Theodorschacht". Der Lokomotivführer Siggemann aus Velpe lehnte sich beim Befahren der Streckenbahn aus der Lokomotive. In diesem Augenblick geriet er zwischen seine Lokomotive und einen auf dem Nebengeleise stehenden Zug. Siggemann, der den Zug nicht bemerkt haben durfte, erlitt schwere Verletzungen und mußte zum hiesigen Krankenhause gebracht werden.

♂ **Dorsten**, 8. Nov. Die infolge Ausscheidens der Stadt Buer aus dem Kreisverbande notwendig gewordene Neuwahl des **Kreistagsabgeordneten** für die Stadt Dorsten wurde heute von dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung vorgenommen. Bankier de Weldige-Cremer wurde als Abgeordneter wiedergewählt.

⊙ **Hagen i. W.**, 8. Nov. Westfälische Zentrumspartei. Der **6. Sauerländische Parteitag** (für die Kreise Arnsberg, Brilon, Lippstadt, Meschede, Olpe, Siegen und Wittgenstein und den Wahlkreis Altena-Iserlohn) wird am Sonntag, den 17. November in Hagen abgehalten. Derselbe wird, wie seine Vorgänger, aus einer geschlossenen Delegierten-Sitzung mit vertraulichen Beratungen und einer sich anschließenden öffentlichen Versammlung bestehen. Die geschlossene Delegiertenversammlung, zu der die Einladungen durch das Generalsekretariat in Münster versandt werden, beginnt um 11 Uhr im Parkhaus und soll dazu dienen, in vertraulicher Aussprache innere Parteiangelegenheiten zu klären und zu fördern. Ihr folgt um 4 Uhr eine öffentliche Versammlung im Kaisergarten (Hagen-Eckesey), zu der jeder Zentrumswähler Zutritt hat.

♂ **Olpe**, 7. Nov. Im Mutterhause der **Franziskanerinnen** traten gestern 26 Postulantinnen in das Noviziat ein und erhielten das Ordenskleid des hl. Franziskus; 16 Schwestern legten die ewigen Gelübde ab. Die feierliche Handlung nahm der Superior der Schwestern, Pfarrer Menne aus Attendorn vor.

* **Hattingen**, 7. Nov. Zum kommissarischen **Landrat** für den Kreis Hattingen ist jetzt nach dem Tod des Geheimrats Florichütz der Regierungsassessor Cuntze von der Regierung in Arnsberg ernannt worden.

* **Solingen**, 6. Nov. Die **Kirchenräuber**, die vor einigen Tagen nachts in die katholische Pfarrkirche zu Krahenhöhe einbrachen, den Kirchenschrank zertrümmerten und seines Inhaltes beraubten, wurden heute nachmittag in Köln ermittelt, ebenso auch zwei Hehler, die die geraubten Kirchengeräte angekauft hatten und sie weiterverkaufen wollten. Die Diebe hatten die Gefäße zusammengeschlagen. — Gleichfalls in Köln ermittelt wurden die Diebe, die kürzlich in einer Stahlwarenfabrik in Solingen einen Einbruchsdiebstahl verübten und eine größere Beute machten.

* **Wald**, 7. Nov. Unsere Stadtverwaltung hat den Verkauf des von Holland **eingeführten Rindfleisches**, das sie durch Vermittlung der Stadt Solingen erhält, selbst in die Hand genommen, weil die Metzger, die zunächst das Fleisch verkaufen, geringwertigeres mit unterschoben haben sollen. Hierzu hat eine Versammlung der Metzger Stellung genommen. Den beiden Metzgern, die beim städtischen Fleischverkauf tätig waren, wurden dieserhalb schwere Vorwürfe gemacht, und um zu verhindern, daß sich wiederum Innungsmeister an dem städtischen Fleischverkauf beteiligen, wurde ein Innungsbeschluß herbeigeführt, wonach diejenigen in eine Strafe von 100 ℳ verfallen, die sich der Stadt zur Verfügung stellen.

* **Kevelaer**, 7. Nov. Am vergangenen Sonntage fand auch hier in Kevelaer, wie an andern Orten eine **Protestversammlung** zwecks Aufhebung des Jesuitengesetzes statt. Redner des Abends war Herr Pfarrer **Kastert**-Köln-Kalk, der in eineinhalbstündigem, begeistertem Vortrage ausführte, warum wir die Rückkehr der Jesuiten forderten. Wir verlangten die Aufhebung des Jesuitengesetzes aus Gründen der Gerechtigkeit; denn dieselben Jesuiten, die man 1871 ordengeschmückt mit den siegreichen Truppen habe in Berlin einziehen sehen, habe man bald nachher verurteilt und des Landes verwiesen ohne ihnen das zu gewähren, was man doch dem größten Verbrecher gestatte, nämlich sich zu verteidigen. Als Katholiken müßten wir die Aufhebung verlangen, weil wir nicht unter einem Ausnahmegesetz stehen wollten, sondern Wahrheit, Freiheit und Recht forderten. Zum Schluß widerlegte Redner dann noch den Einwand, den man selbst von ernst zu nehmenden Protestanten höre: Die Rückkehr der Jesuiten störe den konfessionellen Frieden. Die Zuhörer folgten den stellenweise packend sarkastischen Ausführungen des Redners mit größtem Interesse. Nach einigen Worten des Dankes an den Redner brachte Herr Pfarrer **Kempkes** folgende Resolution zur Verlesung, die von der Versammlung einstimmig angenommen wurde: „Sechshundert Bürger von Kevelaer, zum Protest gegen das Weiterbestehen des sogenannten Jesuitengesetzes versammelt, sind einmütig und geschlossen in der Forderung auf völlige Aufhebung dieses Gesetzes. Sie finden dieses Gesetz, entstanden in einer unseligen Zeit des Kampfes gegen die katholische Kirche und sich richtend gegen eine von höchster kirchlicher Stelle approbierte Institution der Kirche ungerecht und zwecklos in sich und verbitternd und kränkend für die deutschen Katholiken. Der Grundsatz der deutschen Staatsverfassung, der die Gleichberechtigung aller Bürger im Staate garantiert, wird durch dieses einzige Ausnahmegesetz des deutschen Reiches schwer verletzt. Wie man in klarer Erkenntnis der Ungerechtigkeit der sogen. Maigesetzgebung diese aufgehoben hat, so möge man auch in der Frage des Jesuitengesetzes Recht walten lassen im Interesse des Friedens unter den Konfessionen, zur Stärkung des christlichen Gedankens im deutschen Volke und damit zum Besten des Vaterlandes selbst."

⊡ **Düsseldorf**, 7. Nov. In dem seit Montag vor dem hiesigen Schwurgerichte schwebenden Prozesse gegen den Zivilingenieur Paul Hesse, den Schneidermeister Friedrich Hesse und den Bureaubeamten Johann Baum wegen schwerer **Urkundenfälschung, versuchten Betrugs, Meineids und Verleitung zum Meineid** — über den Anfang haben wir bereits in Nr. 508 berichtet — haben sich auf Grund der bisherigen Zeugenaussagen die Verdachtsmomente dahin verdichtet, daß der Angeklagte Paul Hesse es versucht hat, durch Vorlegung gefälschter Kopierbücher und Briefe die hiesige Bergisch-Märkische Bank um die Summe von 462 000 ℳ zu schädigen. Bereits hat der Angeklagte Baum unter der gegen ihn vorgebrachten Beweislast ein Geständnis dahin abgelegt, daß er unter Eid verschiedentlich zu Gunsten des Hesse die Unwahrheit gesagt und daß er dies getan habe, weil ihm Hesse erklärt habe, es sei seine Pflicht, ihn als seinen Brotgeber zu schützen. Allseitig wurde der Angeklagte Paul Hesse als ein außerordentlich scharfsinniger, überaus tüchtiger Geschäftsmann hingestellt, der auch mehrere Erfindungen gemacht habe. Mit der Bergisch-Märkischen Bank hatte er während der Jahre 1896—1900 einen regen Geschäftsverkehr unterhalten und die Bank hatte schließlich für ihn über 1 400 000 ℳ Effektankäufe getätigt. Aus diesen Geschäften leitete Hesse fünf Jahre später seine Schadenersatzklage auf Zahlung der erwähnten 462 000 ℳ her. In dem Zivilprozesse hatte das Oberlandesgericht als Berufungsinstanz die Fälschungen entdeckt und die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben. — Mit einem gefährlichen **Kautionsschwindler** hatte sich heute die hiesige Strafkammer in der Person des Kaufmanns Wilhelm Kröll zu befassen. Sein Genosse, der Kaufmann Stephan Kraft, ist ins Ausland geflüchtet. Das Schwindlerpaar erließ Zeitungsinserate, wonach es zum Betriebe von Filialen eines Aachener Eilboteninstituts in Krefeld und Düsseldorf Leiter suchte. In drei Fällen gelang es den Gaunern, Bewerbern angebliche Kautionen in Gesamthöhe von über 10 000 ℳ abzunehmen. Das Urteil gegen Kröll lautete bei sofortiger Verhaftung auf 1 Jahr Gefängnis. — In der **Lohnbewegung** der hiesigen Metallarbeiter ist jetzt auch auf der Fabrik von Woeste u. Co. eine Verständigung erzielt worden; die Arbeit wurde heute nach mehrmonatlicher Ausstandsdauer wieder aufgenommen. Es wurden Lohnaufbesserungen bewilligt. Dagegen haben die Arbeiter in dem Hauptstreitpunkt — der Verkürzung der Arbeitszeit — die gewünschten Zugeständnisse nicht erlangt. Nunmehr sind am hiesigen Platze nur noch die Arbeiter der Fittingfabrik von Gebrüder Inden ausständig.

* **Neuß**, 7. Nov. Zwischen der Stadt Neuß und der Landgemeinde Kaarst kam ein Vertrag zustande, demgemäß der zu der Gemeinde Kaarst gehörende Ortsteil Neußer Furth am 1. April 1913 in die Stadt Neuß **eingemeindet** wird. Das Gebiet der Stadt Neuß vergrößert sich dadurch um 162 Hektar und ihre Einwohnerzahl um 405 Personen.

* **Köln**, 7. Nov. **Das Bäuerlein auf der falschen Elektrischen.** Auf der Kalker Hauptstraße stieg kürzlich abends ein Bäuerlein aus dem Bergischen, das nach dem Königsforst wollte, aus Versehen auf einen Brücker Straßenbahnwagen und merkte sofort nach dem Einsteigen seinen Irrtum. „O jömmich enäh! Da bön öch jo nit röchtig!" rief der Landbewohner und machte sogleich Anstalten, den gerade wieder in Bewegung befindlichen Wagen durch die noch offene Flurtür zu verlassen. „Nehmen Sie sich in acht!" warnte der Schaffner und wollte den Hastigen, der zudem noch in der Fahrtrichtung auf das Trittbrett getreten war, zurückbehalten. „Das Abspringen ist gefährlich!" Dech weeden et schon fürtig brönge!" sagte der Genannte. „Hatt eckersch kein Angs!" — „Dann steigen Sie wenigstens richtig herum ab! Anders herum!" suchte ihn der Schaffner noch zu retten. — „Dech steigen aw we öch wöll!" rief aber der Hartnäckige — und war im nächsten Augenblick rücklings weich im Straßenschlamm gebettet. — Alles lachte. „Na sehen Sie!" rief der Schaffner noch. Ich hab'n Ihnen ja gesagt!" — Und unser Bäuerlein? „Oehr hat je gesaaht!" philosophierte es beim Aufstehen. „Wenn öch üch gefolg wör, wör öch mei döm Geseech en d'r Dreck geklatsch! Deß dat dann su nöt besser?"

* **Papenburg**, 7. Nov. Eine der größten **industriellen Anlagen** unserer Stadt, die Griendsveen-Torfstreu-A.-G., ist jetzt an die elektrische Ueberlandzentrale im Auricher-Wiesmoor angeschlossen worden. Die Gesellschaft hat von der Stadt Papenburg große Flächen Hochmoores zum Abtorfen erworben. Der weiße Torf wird gestochen, getrocknet in Haufen gesetzt und alsdann per Schiff vom südlich der Stadt gelegenen Moor nach der in der Nähe des Bahnhofes am Deverhafen gelegenen Preßfabrik gebracht. Hier lagern mehrere hundert Schiffe voll Torf bei den beiden Fabriken. Der Torf wird sämtlich zu Torfstreu verarbeitet. Im letzten Winter wurden infolge des großen Streumangels oft 20 bis 25 Waggons fertiger Torfstreu versandt, jetzt ist die Nachfrage nicht so rege. Von der Gesellschaft werden hier durchschnittlich über 100 Arbeiter, meist Holländer, beschäftigt, aber auch viele einheimische Arbeiter finden durch diese Niederlassung lohnende Beschäftigung.

♂ **Heiligenstadt**, 8. Nov. Schon wieder wurde die hiesige Gegend von einem **Großfeuer** heimgesucht. In dem benachbarten Geisleden brach auf bisher noch unaufgeklärte Weise in dem Anwesen des Arbeiters Wieprecht Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete und auch verschiedene Nachbargebäude ergriff. Drei Wohnhäuser wurden gänzlich eingeäschert und vier Hintergebäude durch das Feuer zerstört. Das gesamte Hab und Gut der Bewohner der Häuser ist mitverbrannt. Das Vieh konnte rechtzeitig gerettet werden. Der Schaden ist erheblich.

⊡ **Damme**, 7. Nov. In Holte, in der Nähe unseres Ortes, war ein Fehler an der Leitung der elektrischen Zentrale abzustellen, weshalb heute morgen ein Monteur den dortigen aus Gittereisen errichteten Transformator bestieg. Kaum war der junge Mann oben angelangt, als er **tot abstürzte**. Vor einigen Wochen büßte in der Zentrale der Aufseher an der Schalttafel wohl durch Unvorsichtigkeit in einem Augenblicke sein Leben ein.

* **Aus Ostfriesland**, 7. Nov. Der Kolonist Leerhafe in Wittmund **erschoß** sich, indem er den Lauf des geladenen Gewehrs gegen sich richtete und mit dem Fuß abdrückte. — Das Anwesen des Gastwirts Seekamp am Bahnhof Mahndorf bei Achim **brannte** nieder. — Ein Werftarbeiter **stürzte** in Wilhelmshaven infolge Fehltritts in das Wasser des Schlickhafens und ertrank. — Die Eheleute Arbeiter Thieden und Frau in Bornum feierten die **diamantene Hochzeit**.

Stadtverordnetenwahlen.

* **Gelsenkirchen**, 7. Nov. Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl der zweiten Abteilung wurden in der Altstadt die **Kompromißkandidaten** der Nationalliberalen und der Zentrumspartei gewählt. In den Stadtbezirken Ueckendorf, Bismarck, Schalke, Bulmke und Heßler siegten die Kandidaten der Nationalliberalen.

Witten, 7. Nov. Die **Stadtverordnetenwahl** in der dritten Abteilung endete mit einem Sieg der bürgerlichen Parteien über die Sozialdemokraten. Von 5163 Wählern übten 1424 ihr Wahlrecht aus. Die Liste der Sozialdemokraten erhielt nur 294 Stimmen.

Iserlohn, 7. Nov. Die vereinigten bürgerlichen Parteien siegten bei der **Stadtverordnetenwahl** in der dritten Abteilung mit rund 1236 Stimmen über die Sozialdemokraten, die 945 Stimmen erhielten.

Mörs, 7. Nov. Bei der heute vorgenommenen Stadtverordnetenwahl in der dritten Abteilung kam es zu einer Stichwahl zwischen den Kandidaten des Zentrums und den Kandidaten der unpolitischen sogenannten wirtschaftlichen Vereinigungen. Die Sozialdemokraten geben den Ausschlag, doch ist ihre Stellung noch unbestimmt. Die vor der Wahl geführten Kompromißverhandlungen zwischen dem Zentrum und den anderen bürgerlichen Körperschaften scheiterten an den zu hohen Ansprüchen der letztern. In den selbständig wählenden Vororten wurden die vorgeschlagenen unpolitischen Zechenvertreter oder Landwirte gewählt. Die Sozialdemokraten unterlagen überall. Mehrere morgen vorzunehmende Ersatzwahlen in der ersten und zweiten Abteilung sind, da Ueberraschungen ausgeschlossen erscheinen, ohne große Bedeutung. Die Wahl der unpolitischen bürgerschaftlichen Kandidaten ist sicher. Die Wahlbeteiligung betrug heute 35 Prozent.

Rheydt, 7. Nov. Die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung haben für die Zentrumspartei einen vollen Erfolg gebracht. Nach dem amtlichen Wahlergebnis erzielten die Zentrumskandidaten: Gastwirt Paffen 2803, Dr. Bringmann 2760, Rechtsanwalt Strick 2752 und Rendant Herz 2732 Stimmen; auf die „Blockkandidaten" der vereinigten Nationalliberalen, Fortschrittler und Christlichsozialen entfielen 2566, bezw. 2561, bezw. 2556, bezw. 2461 Stimmen, und die Sozialdemokraten brachten es auf 117 bis 121 Stimmen. Von 6851 Wählern übten 5454 (79 Prozent) ihr Wahlrecht aus. Bei der Wahl im Jahre 1910 entfielen auf das Zentrum 2114 bis 2233, auf die Liberalen 2423 bis 2459 und auf die Sozialdemokraten 168 bis 186 Stimmen. Während die Gesamtwählerzahl seit 1910 nur um 372 gewachsen ist, steigerte das Zentrum seine Stimmenzahl um rund 560, die Liberalen um 100 und die Sozialdemokraten hatten einen Rückgang von über 70 Stimmen zu verzeichnen. Aus diesem Zahlenbilde ergibt sich, wie der Zentrumsgedanke hier gewachsen ist, dank der vortrefflichen Organisation, wie sie heute hier besteht. Zum zweiten Male hat jetzt die Partei in Rheydt die Stadtverordnetenwahlen nach rein politischen Grundsätzen getätigt; daß diesmal die ganze Liste durchdrang, läßt hoffen, daß nach den beiden nächsten Wahlen dem Zentrum die ganze dritte Klasse gehört. Dann werden wohl auch in der städtischen Verwaltung die Katholiken etwas mehr zur Geltung kommen. Hinsichtlich der Besetzung der oberen Verwaltungsposten dürfte Rheydt fast einzig in preußischen Landen stehen. So sind protestantisch der Oberbürgermeister, die beiden besoldeten Beigeordneten, zwei unbesoldete Beigeordnete, der Stadtassessor, der Bureaudirektor, der Obersekretär, der Stadtrentmeister, der Sparkassenrendant, ein Stadtbauinspektor, der Betriebsleiter der Straßenbahn, zurzeit beide Oberärzte des städtischen Krankenhauses, der Schlachthofdirektor, der Polizeiinspektor, sämtliche Polizeikommissare, die Direktoren der höheren Schule. Dabei zählt Rheydt rund 26 000 Katholiken gegen stark 19 000 Protestanten. Eine solche offensichtliche Zurücksetzung der Katholiken auf allen Gebieten der städtischen Verwaltung wie hier, so bemerkt die „Köln. Volksztg." mit Recht, kann schwerlich mehr überboten werden. Erwähnt sei noch, daß im Stadtverordnetenkollegium zurzeit bei 28 besetzten Mandaten sich nur drei Katholiken von Liberalismus Gnaden befinden.

Euskirchen, 7. Nov. Auch bei den **Stadtverordnetenwahlen** der zweiten Abteilung wurden die drei Kandidaten der Zentrumspartei ohne Gegenkandidaten glatt gewählt.

Vermischtes.

Das Infanterie-Regiment von Courbière (2. Pos. Nr. 19 in Görlitz begeht vom 4. bis 6. Juli 1913 die Feier seines 100jährigen Bestehens. Alle ehemaligen 19er, die an der Feier teilnehmen wollen, werden gebeten, ihre genaue Adresse mit Angabe der Dienstzeit und Kompagnie dem Regimentsgeschäftszimmer in Görlitz, Trotzendorffstr. Nr. 10 (neue Kaserne) baldigst zu senden.

Jahrhundertausstellung. Am 5. Februar werden 100 Jahre verflossen sein, seit General York in Königsberg die Landwehr stiftete und damit die Erhebung Preußens begann. Zur Erinnerung daran wird in Königsberg eine Jahrhundertausstellung eröffnet werden. Der Landeshauptmann von Preußen erläßt einen Aufruf zur Beteiligung. Wer ein Erinnerungsstück an jene Zeit hat, das mit Ostpreußen zusammenhängt, seien es Waffen, Uniformen, Münzen, Orden, Bilder, Tagebücher, Briefe, wird gebeten, es herzuleihen. An jedes der eingelieferten Stücke wird der Name des Eigentümers geheftet, um so die Familien bekannt zu geben, die noch heute im Besitz solcher Wertstücke sind. Und ein bleibender Wert soll der Ausstellung dadurch verliehen werden, daß ein Katalog herausgegeben werden soll, der alle Gegenstände mit möglichst genauer Angabe ihrer geschichtlichen Bedeutung und zum Teil in Abbildung enthält. Anfragen und Sendungen sind zu richten an die „Jahrhundertausstellung Königsberg Pr., Landeshaus". Frachtsendungen, die den Vermerk tragen: „Gegenstände für die Jahrhundertausstellung", sind frachtfrei.

Berlin, 8. Nov. Einem neuen Vertrage, wonach der Magistrat über den **Verkauf** von Wiesen und einer 193 Hektar großen Fläche des Spandauer Stadtwaldes gemäß den Bedingungen des Zweckverbandes abgeschlossen hat, stimmten die Spandauer Stadtverordneten zu.

Nordhausen, 8. Nov. Dem Oberpostassistenten Stöcklein ist vom kaiserlichen Patentamt ein **Schalldämpfer** gesetzlich geschützt worden. Der Schalldämpfer, der paarweise in 3 Größen hergestellt und in die Gehörgänge der Ohren eingeführt wird, hat den Zweck, allen Personen, die am Tage zu schlafen gezwungen sind, einen ungestörten Schlaf zu verschaffen.

Leipzig, 8. Nov. Als der **Zeppelinkreuzer „Hansa"**, der gestern von Gotha aus eine Fernfahrt nach Leipzig und zurück unternommen hatte, in Leipzig zur Rückfahrt aufstieg, blieb ein Feuerwehrmann mit dem Karabinerhaken am Gondelgestell hängen und wurde 50 Meter mit in die Höhe gezogen. Da es nicht gelang, den Mann in die Gondel zu ziehen, mußte man nochmals landen. Der Zuschauer hatte sich eine große Aufregung bemächtigt.

Leopoldshall (Anhalt), 7. Nov. Der 29 Jahre alte Schmied Martens **erschoß** heute vormittag seine junge Frau und tötete sich dann selbst durch einen Schuß. Die Ehe war kinderlos. Die Gründe zur Tat sind unbekannt.

Posen, 8. Nov. In der zweiten Abteilung des ersten Bezirks wurden ungeachtet von Störungsversuchen bei den Stadtverordnetenwahlen alle **20 deutsche Kompromißkandidaten** gewählt.

Innsbruck, 7. Nov. Bei einer in Innsbruck zwischen deutschfreiheitlichen und katholischen Studenten stattgehabten Keilerei wurde der italienische Student der Medizin Max Ghezze, Mitglied der katholischen Verbindung „Rhaetobavaria", **durch Stockhiebe so schwer verletzt**, daß er bei der durch die Wunden notwendig gewordenen Operation **starb**. Heute fanden die ersten Verhöre der Schuldigen statt.

Karlsruhe, 7. Nov. Der Kaiser hat den Oberbürgermeister Sigrist eingeladen, am kommenden Dienstag in Kiel die Taufe des **Turbinenkreuzers „Karlsruhe"** vorzunehmen.

Cherbourg, 7. Nov. **Zusammenstoß zweier Torpedoboote.** Im Verlaufe von Nachtübungen, die mit abgeblendeten Lichtern ausgeführt wurden, stießen die Torpedobootszerstörer 307 und 306 zusammen. Beide Schiffe wurden leicht beschädigt.

Warschau, 8. Nov. Die Polizei entdeckte eine **Anarchistenbande „Schwarze Hand"**. Alle Mitglieder wurden verhaftet.

Ein Spionageprozeß.

Leipzig, 7. Nov. Das Reichsgericht **verurteilte die** Stadttagelöhner Martin Westermann und Karl Friedrich Grether, beide in Karlsruhe wohnhaft, wegen Spionage zu je drei Jahren, und den Eisenhobler Joseph Leon Stiffater aus Belfort zu zwei Jahren Zuchthaus. Es wurde als erwiesen erachtet, daß die Angeklagten einen deutschen Unteroffizier zu verleiten versucht hatten, ihnen geheime Schriftstücke zu übergeben, die sie dem französischen Nachrichtendienst ausliefern wollten.

Eine Zigeunerschlacht.

Landshut a. d. Warthe, 8. Nov. Eine **blutige Zigeunerschlacht** wurde von einer 80köpfigen Bande in Landshut ausgetragen und dabei das Café Luginger, in dem der Streit anfing, demoliert. Auf der Straße wurde der Kampf mit Messern fortgesetzt, wobei die Weiber mit Wagentrümmern zuschlugen. 15 Schwerverletzte wurden von der Bande mit fortgeschleppt. **12 Zigeuner konnten verhaftet werden**, nachdem die Schutzmannschaft mit blanker Waffe die seit 3 Stunden Kämpfenden endlich auseinander getrieben hatten. Die Zigeuner rotteten sich dann vor dem Krankenhaus, der Polizeiwache und dem Gefängnis zusammen, um die Herausgabe der Verwundeten und Verhafteten zu erzwingen.

Erdbeben.

Jugenheim, 8. Nov. Die Erdbebenwarte registrierte gestern ein starkes Erdbeben auf der **Halbinsel Alaska**, das Erdbeben dauerte 2½ Stunden.

Laibach, 8. Nov. Auf der hiesigen Erdbebenwarte wurde um 8,52 Uhr 29 Sekunden der Beginn eines katastrophalen Erdbebens aufgezeichnet. Die Hauptbewegung von 6 Millimeter erfolgte um 9,27 Uhr 31 Sekunden. Die Herdentfernung beträgt 8000 Klm. Abends um 6, 8 und 9 Uhr fanden neuerlich starke Aufzeichnungen von Nahbeben statt.

Die Ausgabe besonderer Kriegsbriefmarken hat die griechische Regierung beschlossen. Es werden vier verschiedene Serien zur Ausgabe gelangen, von denen die erste den Kampf um den Olymp darstellt; die zweite Marke dient zur Verstärkung des Fonds zur Pflege verwundeter Krieger; die dritte Marke erinnert an die Besetzung der türkischen Insel Lemnos; die vierte Marke wird zur Erinnerung an die Kriegserklärung mit der Umschrift „Krieg 1912" ausgegeben werden. Die Regierung soll ihre Verbündeten aufgefordert haben, gleichfalls besondere Kriegsbriefmarken auszugeben.

Tod beim Parademarsch. Während in Odessa General Tischin im Parademarsch eine Kavalleriebrigade vorführte, stürzte er plötzlich tot vom Pferde. Es entstand eine allgemeine Verwirrung, weil die Pferde über die Leiche hinweggingen.

Verwaltung und Rechtspflege.

© **Die Haftpflicht des Arztes** beschäftigte kürzlich das Landgericht Dortmund. Durch einen Sturz von der Leiter hatte sich ein Handwerker einen Betriebsunfall zugezogen, derart, daß die Speiche des linken Vorderarmes brach; außerdem trug er eine Kopfwunde und Hautverletzungen davon. Eine schwere Verkrüppelung der linken Hand, in deren Gebrauchsfähigkeit er dauernd behindert bleiben wird, blieb zurück. Der Verletzte behauptet, es sei die Folge unsachgemäßer Behandlung des Arztes dadurch, daß dieser ihm einen sehr schmerzenden Gipsverband angelegt und trotz wiederholter Bitten nicht abgenommen habe. Er habe sich deshalb an einen anderen Arzt gewandt, der die sofortige Abnahme des Verbandes angeordnet und festgestellt habe, daß die Finger stark geschwollen waren und bläulich gefärbt aussahen. Auf der Hand hätten sich mehrere Blasen gezeigt, darnach habe der Verband zu fest gelegen. Der zu starke Druck habe die Verkrüppelung der Hand verursacht, die bei sachgemäßer Behandlung nicht möglich gewesen wäre. Gegen den Arzt wurde Schadenersatzklage erhoben. Der Beklagte wendet ein, der Bruch sei kompliziert gewesen durch eine Weichteilverletzung auf der Beugeseite, entstanden durch eine Knochendurchstoßung. Der Bruch habe sich noch schwerer gestaltet durch die stete Tendenz der Bruchteile, sich übereinander zu schieben. Eine ausgedehnte Weichteilquetschung habe eine weitere Erschwerung des Falles bedeutet. Das Röntgenbild habe eine Zersplitterung der Speiche gezeigt; der Gelenkteil sei in sich gebrochen gewesen und die einzelnen Teile seien gegeneinander verschoben gewesen. Alles in allem habe es sich um einen schweren Bruch der Speiche, nahe an ihrem Gelenkteile mit der Handwurzel gehandelt. Die Behandlung habe bestanden im Anlegen einer Unterarmhandmaschine nach Bardenheuer, mehrfacher Kontrolle wegen Schmerzhaftigkeit. Da letztere nicht nachgelassen habe, sei man am zweiten Tage zur Anlegung eines Gipsverbandes geschritten, der infolge Befürchtung lebhafter Schwellung auf der ganzen Rückseite aufgeschnitten worden sei. Am dritten Tage habe sich der Verletzte der weiteren Behandlung des Beklagten entzogen trotz dringlicher Gegenvorstellungen. Er habe den Verletzten entlassen mit der Weisung, sich sofort einem anderen Arzt vorzustellen und habe ihm einen Bericht an diesen mitgegeben. Nach Vorstehendem müsse er den Vorwurf unsachgemäßer Behandlung entschieden zurückweisen. Das Landgericht Dortmund hat den Arzt zum Ersatz des Schadens verurteilt. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme, insbesondere den eingeholten Gutachten sei als feststehend anzusehen, daß die Behandlung eine unsachgemäße, namentlich die Anlegung des Gipsverbandes im vorliegenden Falle ein ärztlicher Kunstfehler gewesen sei. Der Arzt habe den Körper des Verletzten fahrlässig verletzt und müsse gemäß § 823 B. G.-B. für den entstandenen Schaden Ersatz leisten.

Luftschiffahrt.

Gegen die Todesstürze. Die vielfachen Flugunfälle, die sich hauptsächlich bei außerdienstlichen Ueberlandflügen ereignen, an denen Offiziere als Fluggäste teilnehmen, haben, wie „Heer und Politik" von militärischer Seite erfährt, zu Verhütungsmaßregeln der Heeresleitung geführt. Eine Verfügung des Kriegsministers führt aus, daß infolge der in der letzten Zeit sich mehrenden tödlichen Unfälle von Offizieren, die als Fluggäste mitgeflogen sind, dazu zwingen, über die Beteiligung von Offizieren an Flügen Bestimmungen zu treffen. Wenn auch das große Interesse der Offiziere an der Weiterentwicklung des Flugwesens und ihre Aufopferung für die Sache freudig zu begrüßen sei, so solle doch künftig vermieden werden, daß Offiziere an Flügen mit solchen Maschinen teilnehmen, deren Leistungsfähigkeit noch nicht einwandfrei erwiesen ist. Die Teilnahme verbiete sich ohne weiteres in Flugzeugen von einem neuen noch unerprobten Typ, den der Führer selbst noch nicht genügend kennt und ausreichend beherrscht. Den Offizieren wird aus diesem Grunde empfohlen, sich, solange das Flugwesen die jetzige Anfangsstufe der Entwicklung noch nicht überwunden hat, an die Truppenkommandeure zu wenden, damit diese bei der Generalinspektion des Militärverkehrswesens anfragen, ob die Heeresverwaltung den in Frage stehenden Flugzeugtypen das erforderliche Vertrauen entgegenbringt, und ob der Führer des Flugzeuges die Gewähr für die Sicherheit des Fluges bietet. Namentlich wenn es sich um Flugzeugtypen handelt, die sich noch nicht im Dienste der Heeresverwaltung bewährt haben, ist die Anfrage unbedingt zu raten. Da ferner unter der sich täglich vergrößernden Zahl von Flugführern viele sind, denen wegen ihrer noch nicht abgeschlossenen Ausbildung die Sicherheit fehlt, so ist auch in dieser Hinsicht Vorsicht anzuraten.

Neueste Nachrichten.

Neues Palais, 8. Nov. (Tel.) Der **Kaiser** ist heute nachmittag 4,10 Uhr von der Station Wildpark im Sonderzug nach Letzlingen in das Hofjagdrevier abgereist.

Berlin, 8. Nov. (Tel.) **Marquis di San Giuliano** stattete heute vormittag dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg und dem Staatssekretär von Kiderlen-Wächter Abschiedsbesuche ab. Er reist **heute nachmittag 3,15 Uhr wieder ab.**

Berlin, 8. Nov. (Telegr.) Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Der **König von Italien** dankte in einem herzlichen Telegramm an den Kaiser für die San Giuliano in Berlin bereitete Aufnahme.

*

Eine amtliche Stimme zum Besuche di San Giulianos.

Berlin, 8. Nov. (Tel.) **Das Wolffsche Telegraphen-Bureau** verbreitet folgendes Communiqué: Der diesmalige Besuch des italienischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten Marquis di San Giuliano, der ja kein Unbekannter in Berlin ist und dessen persönliche und freundschaftliche Beziehungen zu den maßgebenden Berliner Persönlichkeiten allen Aussprachen den Charakter rückhaltloser gegenseitiger Offenheit gaben, hat zu einer **völligen Klärung über das gemeinschaftliche Verhalten Italiens und Deutschlands**, namentlich angesichts der gegenwärtigen Lage im Orient geführt. Die Besprechungen über die Lage, bei denen vor allem den tatsächlichen Ereignissen Rechnung getragen wurde und denen wiederholt auch der österreichisch-ungarische Botschafter beiwohnte, haben volle Uebereinstimmung zwischen den verbündeten Regierungen ergeben, insbesondere dahin, daß sie nicht gewillt sind, sich in die Entwickelung der Dinge im Orient einzumischen, so lange sie nicht von den Nächstinteressierten darum ersucht oder ihre speziellen und direkten Interessen durch irgendwelche Ereignisse berührt werden. Das einmütige Zusammengehen der Verbündeten erleichtert ihnen die stetige, herzliche und freundschaftliche Fühlungnahme auch mit den anderen Mächten, mit denen sie einzeln oder zusammen in dauerndem Gedankenaustausch stehen.

Danzig, 8. Nov. (Tel.) Als gestern abend der Arbeiter Streng zur Verbüßung einer Haftstrafe vom Gericht nach dem Haftlokal geführt wurde, **überfiel er den Gefangenenaufseher** und verletzte ihn durch Messerstiche lebensgefährlich. Ein herbeieilender Schutzmann **wurde** durch Messerstiche im Gesicht **schwer verletzt**. Der Täter **floh, es gelang aber, ihn später zu verhaften.**

Wiesbaden, 8. Nov. (Tel.) Ein vor kurzem hier verstorbener russischer Baron **vermachte der Stadt Wiesbaden 4 Millionen** ℳ.

Wien, 8. Nov. (Tel.) Der **Budgetausschuß** trat zur Fortsetzung der Beratung des Voranschlages des Finanzministeriums zusammen. Der erster Redner, Zerg, **sprach** von 10 bis 12,30 Uhr und bat dann den Obmann um die Erlaubnis, nachmittags seine Rede fortsetzen zu dürfen. Diese Erlaubnis wurde nicht erteilt. Um 1,15 Uhr kam ein Kompromiß zustande, worauf Zerg seine Rede schloß. Dann wurde die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags unterbrochen.

London, 8. Nov. (Telegr.) Nach einem Telegramm, das die kanadische Northern Railway erhalten hat, sind **400 Passagiere von dem gestrandeten Dampfer „Royale George"**, darunter die Passagiere der ersten und zweiten Klasse, in Quebec **gelandet** worden. Die Versuche, das Schiff zu leichtern, wurden eines heftigen Sturmes wegen eingestellt. Man erwartet jeden Augenblick, die übrigen Passagiere dritter Klasse vom Schiff bringen zu können. Es besteht keine Gefahr.

Petersburg, 8. Nov. Bis Mitternacht waren **386 Dumaabgeordnete gewählt.** Darunter befinden sich 136 Mitglieder der Rechten, 14 der gemäßigten Rechten, 59 Nationalisten, 73 Oktobristen, 19 Fortschrittler, 43 Kadetten, 4 Mitglieder der Arbeitsgruppe, 6 Sozialdemokraten, 12 der Linken, 6 des Polenklubs, 4 polnische Volksdemokraten, drei der polnisch-litauischen Weißrussengruppe, 1 litauischer Nationaldemokrat, 3 Mitglieder der muselmanischen Fraktion und 3 Unparteiische.

Petersburg, 8. Nov. In dem Kommentar zum Regierungscommuniqué über das **russisch-mongolische Abkommen** wird gesagt, das Abkommen stelle die Anerkennung der Autonomie der mongolischen Regierung dar, wozu die russische Regierung von jetzt ab in unmittelbare Beziehungen trete; das Abkommen greife jedoch nicht der Regelung der Beziehungen der autonomen Mongolei zu China vor. Wenn die chinesische Regierung das Abkommen seinen grundlegenden Prinzipien anschließen wolle, habe die russische Regierung keinen Grund zu verhindern, daß eine Verständigung über die Anerkennung der chinesischen Souveränität durch die mongolische Regierung zustandekomme.

Newyork, 8. Nov. Der **sozialistische Kandidat** für die Präsidentschaftswahl hat 750 000 Stimmen, nicht wie gemeldet 350 000 Stimmen erhalten.

Schanghai, 8. Nov. Wie die North China „Daily News" aus Tschengtu meldet, besetzte eine Streitmacht von **3000 Tibetanern** das Gebiet westlich von Litang. Der Gouverneur Yuin hat sich mit Truppen von Tschahsienluh nach Hokau, halbwegs zwischen Tschahsienluh und Litang begeben.

Paris, 8. Nov. (Tel.) Aus Cetinje wird gemeldet: Wegen der Ueberschwemmung und der schweren Versorgung mit Lebensmitteln **ziehen sich die Montenegriner**, die Barbalusi jenseits des Bojana besetzt haben, nach Lukiditsch **zurück**.

Handels-Nachrichten.

* **Reichsbank.** Die Ziffern des Zwischenausweises bis zum 5. d. M. einschließlich liegen jetzt vor. Danach war am 5. inkl. der Metallbestand um 77 Mill. M höher als im Vorjahre, die gesamten Anlagen waren um 108 Mill. M größer und die fremden Gelder um 109 Mill. M höher als in 1911. Die ungedeckten Noten stellten sich am 5. einschl. auf 784 Mill. M gegen 770 Mill. M, so daß die Verschlechterung gegenüber dem Vorjahre sich auf 14 Mill. M stellt.

* **Portland-Cement- und Wasserkalk-Werke „Mark" in Neubeckum.** Einer Blättermeldung zufolge dürfte der Abschluß für 1912 nicht schlechter wie der für 1911 ausfallen, unter der Voraussetzung, daß die Gesellschaft von außergewöhnlichen, sie schädigenden Ereignissen für die nächste Zeit verschont bleibt. Der Absatz in Zement ist zurzeit ein ziemlich guter, obgleich die im Syndikat vereinigten Werke wegen der außenstehenden Fabriken nur mit 60 Prozent der Beteiligungsziffer beschäftigt sind. Für den Fall, daß sich das Rheinisch-Westfälische Zementsyndikat auflösen sollte, ist naturgemäß mit einem Rückgang der Preise zu rechnen.

* **Aktienmälzerei vorm. Jul. Sommerkamp in Soest.** Im Anschluß an die auf den 5. November einberufene ordentliche Generalversammlung findet eine außerordentliche Generalversammlung statt, die Beschluß fassen soll über Umänderung der Firma in „Aktienmälzerei Soest" und über Herabsetzung des Aktienkapitals von 500 000 M auf 250 000 M durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von 2 zu 1 zwecks Tilgung der Unterbilanz sowie zwecks Vornahme von Abschreibungen und Reservestellungen. („Rh.-W. Z.")

* **Schlegel-Brauerei, A.-G. zu Bochum.** Der Aufsichtsrat hat beschlossen, die diesjährige Hauptversammlung auf den 9. Dezember einzuberufen. Es wird die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. (wie i. V.) bei reichlichen Abschreibungen vorgeschlagen.

* **Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat.** Die Zeche **Ver. Constantin der Große** wird, nachdem ihr die **Essener Kreditanstalt** die Mehrheit der Kuxe des **Steinkohlenbergwerks Deutschland** übermittelt hat, beim Kohlensyndikat den Antrag auf Uebertragung der Beteiligung von Deutschland auf Constantin stellen. Anderweitige Nachrichten, daß die Gewerkschaft Graf Bismarck Käufer der „Deutschland"-Kuxe sei, sind also nicht zutreffend. — Der Rücktritt des preußischen Bergfiskus von seinen Abmachungen mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat hatte die Frage akut werden lassen, ob die früher **außenstehenden** Zechen, die nur unter dem Vorbehalt einer Verständigung mit dem Fiskus beigetreten waren sich auch weiterhin an den Syndikatsvertrag für gebunden erachten würden. Diese Frage ist anscheinend in einem für das Syndikat günstigen Sinne gelöst worden. Aus Köln wird nämlich dem „B. L.-A." von seinem dortigen Korrespondenten mitgeteilt, er erfahre zuverlässig, daß die Steinkohlenbergwerke Hermann, Auguste Viktoria und Brassert von ihrem auf Grund des Vorgehens des Fiskus zustehenden Rücktrittsrecht keinen Gebrauch machen, sondern an den Verkaufsabmachungen bis zum Schluß des laufenden Syndikatsvertrages festhalten werden.

* **Wagengestellung im Ruhrrevier:** Angefordert 33 319, gestellt 25 340, gefehlt 7979.

* **Maschinenfabrik Baum, A.-G., Herne i. Westf.** Die ordentliche Generalversammlung am 7. d. M. setzte die Dividende vorschlagsgemäß auf 8 Prozent (wie i. Vorjahr) fest. Ein nach dem Turnus ausscheidendes Mitglied des Aufsichtsrates wurde durch Zuruf wiedergewählt. Die im Geschäftsbericht gemachten Ausführungen über das neue Geschäftsjahr ergänzte der Vorsitzende, Generaldirektor Dr. Haßlacher, durch die Mitteilung, daß sich der Geschäftsgang inzwischen in derselben Weise fortgesetzt habe. Zu dem Auftragsbestand, der nach dem Geschäftsbericht für eine Reihe von Monaten volle Beschäftigung der Werkstätten sichere, seien noch einige Aufträge neu hinzugekommen. Der Vorstand glaubt deshalb, für das laufende Geschäftsjahr — natürlich unter den üblichen Voraussetzungen — wieder ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht stellen zu dürfen.

* **Vereinigte Stahlwerke van der Zypen und Wissener Eisenhütte, A.-G. in Köln-Deutz.** Die außerordentliche Hauptversammlung am 7. d. M. beschloß ohne Erörterung einstimmig die **Erhöhung des Aktienkapitals von 13 auf 17 Millionen M** durch Ausgabe neuer, vom 1. Juli 1913 ab dividendenberechtigter Aktien, die vom Schaaffhausenschen Bankverein und dem Bankhause A. Levy in Köln zu 147,50 Prozent übernommen und den alten Aktionären zu 150 Prozent im Verhältnis von 4 zu 1 angeboten werden sollen. Die neuen Mittel dienen zur Erweiterung der Werksanlagen, die nach dem Fortfall der Kontingentierung der B-Produkte im Stahlwerksverbande möglich geworden ist. Insbesondere soll ein vierter Hochofen gebaut werden. Ferner ist eine erhebliche Erweiterung der Stahlwerks- und der Walzwerksanlagen geplant. Die ersten drei Monate des laufenden Geschäftsjahres erbrachten einen doppelt so großen Gewinn wie die gleiche Zeit des Vorjahres.

* **Stahlwerksverband.** Die Direktion schätzt den diesjährigen Oktoberversand in Halbzeug auf 160 000 t (im September d. J. 152 000 t), in Formeisen auf 175 000 (178 000) t, in Eisenbahnmaterial auf 197 000 (179 000) t, zusammen auf 532 000 t gegen 510 000 t im Vormonat.

* **Vom Zusammenschluß der rheinischen Großmühlen.** Die Bekämpfung der zu einem Syndikat in Form einer G. m. b. H. zusammengeschmolzenen oberrheinischen Großmühlen dauert noch immer an. Die Bäckerinnung Mannheim hat jetzt, laut der „K. Z.", folgende Entschließung angenommen: „Die Innungsversammlung bedauert den Zusammenschluß der Großmühlen zum Syndikat. Im Vertrauen auf die Zusicherungen eines Direktors einer Großmühle glaubten wir vor einem Syndikat geschützt zu sein. Wir erklären uns gern bereit, zur Bekämpfung des Syndikats alle gangbaren Wege zu gehen, welche Erfolg versprechen in Gemeinschaft mit der Süddeutschen Mehlhändlervereinigung, ohne jedoch mit allen bisherigen Schritten der Vereinigung einverstanden zu sein."

* **Zur Geschäftslage in Griechenland** schreiben die vom Reichsamt des Innern herausgegebenen Nachrichten für Handel und Industrie: Die staatlichen Zolleinnahmen sind im Monat September 1912 gegen den gleichen Zeitraum im vorigen Jahre zurückgeblieben, und zwar um 470 717 Papierdrachmen und 171 524 Golddrachmen, im ersten Drittel des Monats Oktober um 269 180 Papierdrachmen und 34 470 Golddrachmen. Die Lebensmittelteuerung schreitet fort. Die Nationalbank hofft allen an sie herantretenden Forderungen gerecht werden zu können; auch die Volksbank ist bereit, nach wie vor Darlehne gegen sicheres Pfand herzugeben. Der Banque d'Athènes ist durch Königliches Dekret vom 8. Oktober (a. St.) die Ermächtigung erteilt worden, die Herausgabe der vor dem 17./30. September d. J. hinterlegten Depots auf zwei Monate einzustellen; die Bank beabsichtigt, zunächst die Geschäfte ihrer 15 Kommanditen in der Türkei abzuwickeln. Wechsel und andere Forderungssachen können wegen Einstellung des Zivilgerichtsverfahrens bis auf weiteres nicht eingeklagt werden. Die Rechte aus den Wechseln, auch wenn letztere nicht protestiert sind, bleiben bestehen; Wechsel mit zwei Unterschriften (Aussteller und Indossent) müssen protestiert werden. Die Zinsen laufen bei protestierten Wechseln vom Tage des Protestes, bei nicht protestierten Wechseln erst vom Tage der eventuellen Klageerhebung. Bei der jetzigen Kriegslage ist es im allgemeinen ratsam „nur gegen bar oder gegen volle Sicherheit der Zahlung zu liefern.

* **Eine rumänische Hilfsmaßnahme.** Aus Bukarest wird gemeldet: Die rumänische Nationalbank beschloß, den Provinzbanken und deren Kundschaft gegen zwanzig Mill. Lei zur Verfügung zu stellen, um dem Geldmangel abzuhelfen, der vornehmlich als eine Folge der stockenden Getreideausfuhr herrscht.

Konkurse.

(Reihenfolge der Angaben: Ort, Firma, Tag der Eröffnung, Anmeldefrist.)

Buer, Westf. 1. Bauunternehmer Franz Hüttermann in Buer-Beckhausen, 2. Bauunternehmer Johann Hüttermann daselbst. 2. 11. — 4. 12.

Hagen, Westf. Schuhmachermeister Gottfried Schlockermann. 4. 11. — 5. 1. 1913.

Hattingen, Ruhr. Wirt Hermann Lackmann. 4. 11. — 7. 12.

Berliner Börse.

Eigener Drahtbericht des „Westfälischen Merkur".

Schlusskurse.

	7. 11.	8. 11.
Privatdiskont	4 3/4	4 3/4
Wechs. Amst. kurz	169,60	—
„ Brüssel „	81,00	—
„ Italien „	80,50	—
Scheck London	20,535	20,530
Wechs. Lond. kurz	20,50	—
Scheck Paris	81,50	81,375
Wechs. Paris kurz	—	—
„ Wien „	84,725	84,75
4% D. Reichsanl.	100,50	100,50
3½% „ „	88,40	88,40
3% „ „	77,90	77,75
4% Preuss. Kons.	100,50	100,50
3½% „ „	88,40	88,50
3% „ „	77,90	77,80
4% Westf. Pr.-Anl.	98,60	98,60
3½% dto. 1915	87,40	87,40
3½% Münst. St.-A.	93,25	93,25
4% Westf. Pfandbr.	97,25	97,00
3½% dto.	87,80	87,75
4% R.-W. Rentenbr	—	—
3½% dto.	87,50	87,50
4% dto. Bd.-Kr. Pfdbr. IX	96,25	96,00
3½% dto. IV	88,00	88,00
Transport-Werte.		
Canada-Aktien	266,10	264,40
Hamb.-A. Packetf.	148,60	151,75
Hansa Dampfsch.	286,75	284,50
Nordd. Lloyd	120,20	119,40
Banken.		
Barmer Bankv.	115,90	115,90
Berg.-Märk. Bank	146,75	146,75
Berl. Handelsges.	164,60	163,80
Darmstädt. Bank	130,10	119,50
Deutsche Bank	249,25	248,75
Diskontogesellsch.	183,40	182,50
Dresdner Bank	151,50	151,50
Ess. Kreditanstalt	159,90	159,90
Märkische Bank	100,00	100,00
Nationalb. f. Dtsch.	120,40	120,10
Osnabrücker Bank	125,00	125,00
Rh.-Westf. Disc.	122,10	122,50
Schaaffh. Bankv.	117,00	116,90
Brauereien.		
Bochumer Victoria	105,35	104,75
Dortm. Aktien-Br.	357,10	357,10
„ Union-Br.	405,00	405,00
„ Victoria	114,00	114,00
Germania Dortm.	133,75	133,75
Glückaufbr. Gels.	122,00	122,00
Isenbeck Hamm.	93,60	93,60
Lindenbr. Unna	67,00	67,00
Löwenbr. Dortm.	170,00	168,00
Müser Langendr.	128,50	128,50
Industrie-Aktien.		
A.-G. f. Verkehrsw.	200,00	200,50
Allg. Elektr.-Ges.	254,40	253,40
Anglo Cont. Guano	116,75	116,80
Ankerw. Hengst.	114,25	114,25
Aplerb. Bergbau	159,00	158,00
Aumetz Friede	175,00	174,30
Baldke Maschinen	236,75	235,10
Baldke, Teller. & C.	100,50	100,50
Bergmann Elektr.	123,50	123,25
Biel. Masch. Dürk.	464,00	463,00
Bismarckhütte	146,00	143,40
Bochum. Gußstahl	229,60	219,60
Böhler	214,25	223,00
Bösperde Walzw.	91,00	92,50
Braunk u. Brik.-Ind.	173,00	173,00
Buderus Eisenw.	113,75	113,00
Chem. Ind. Gelsen.	144,75	144,75
Cölner Bergwerk	504,50	504,00
Concord. Bergbau	314,50	314,50
Consolidation	360,00	359,25
D.-Lux. Bergw.	172,25	171,60
D. Uebers. Elektr.	158,75	158,30
Deutsch. Gasglühl.	633,00	640,00
„ Erdöl	272,25	269,00
„ Waffen-M.	515,00	515,00
Donnersmarckhüt.	212,00	314,75
Düss. Eisen Draht	143,00	143,00
„ Eisenhütte	168,50	167,90
Dynamit Trust	174,50	174,50

	7. 11.	8. 11.
Elektr. Licht u. Kraft	130,25	133,00
Eschweiler Bergw.	158,00	157,80
„ Eisen	—	—
Ess. Steinkohlen	171,25	169,75
Faç. Mannst. V.-A.	144,80	144,80
Felt. & Guill. Lahm.	147,25	147,25
Flöther Maschinen	241,50	240,00
Geisweider Eisen	215,00	214,25
Gelsenk. Bergw.	191,75	190,80
„ Gußstahl	89,25	89,40
Georgs-M. St.-Akt.	98,50	99,50
„ Vorz.-A.	114,25	114,25
Ges. f. elektr. Unt.	163,25	162,25
Hann. Masch. Egeft.	270,25	272,50
Hark. Brück. St.-A.	109,00	109,00
„ St.-Pr.	134,00	134,00
Harpener Bergbau	184,70	183,40
Hasper Eisen	173,00	171,50
Hedwigshütte	149,00	149,00
Herbrand Waggon	160,50	160,80
Höchst. Farbwerke	626,00	623,20
Hoesch Stahlwerke	320,75	320,00
Hohenlohe-Werke	176,50	176,75
Hotelbetr.-Ges.	166,75	165,20
Humboldt Masch.	120,25	120,25
Kön. Wilh. B. St.-A.	263,00	262,00
„ St.-Pr.	340,00	340,50
Königsborn Bergw.	263,50	261,80
Körting Gebr.	119,50	120,00
Küppersbusch	214,75	214,50
Lahmeyer & Co.	117,75	117,75
Laurahütte	166,75	165,80
Lüdensch. Metall	126,50	127,50
Magdeb. Bergw.	518,00	518,00
Mannesmannröhr.	213,75	212,50
Mark Portl.-Cem.	91,50	91,50
Märk.-Wstf. Bergw.	132,60	130,75
Maschinenf. Baum	128,00	129,00
Massener Bergw.	—	—
Mülheimer Bergw.	173,75	173,75
Nordd. Gummifabr	71,00	72,50
„ Wollkämmerei	146,00	146,80
Oberschl. Eis.-Bed.	95,70	95,25
„ Eisenindustr.	84,20	83,30
Orenstein & Koppel	204,80	205,50
Osnabr. Kupfer	73,75	73,75
Panzer	102,80	102,50
Phönix Bergwerk	274,40	274,60
Rheinfelden	149,00	142,00
Rhein. Braunkohl.	166,00	165,00
„ Metallw. St.-A.	80,00	80,00
„ Vorz.-Akt.	89,00	89,00
„ Stahlwerke	159,00	159,25
Rh.-W. Kalkwerke	165,75	165,25
„ Cem.-Industr.	129,50	128,25
„ Sprengstoff	225,00	222,00
Rombacher Hütte	170,75	171,00
Rote Erde, Eisen	7,25	8,75
Rütgerswerke	187,75	187,00
Schuckert Elektr.	147,00	146,75
Schulz-Knaudt	144,75	146,00
Sieg.-Sol. Gussst.	59,75	61,00
Siemens & Halske	222,25	223,00
Steaua Romana	142,75	142,80
Stett. Chamotte-A.	214,00	212,50
Stettiner Vulkan	181,50	181,25
Stolberger Zinkh.	133,10	132,00
Thale Eisen St.-P.	252,50	252,50
„ V.-A.	252,50	251,75
Leonh. Tietz	124,25	124,00
V. Berl.-Frf. Gum.	137,00	137,00
„ Cöln-Rottw. P.	312,75	314,00
„ Dtsch. Nickelw.	259,75	270,00
„ Zypen & Wissen	184,25	182,50
Wasserw. Gelsenk.	195,00	192,50
Westeregeln Alkali	211,00	210,25
Westfalia Cement	115,00	114,25
Westf. Drahtindust.	169,50	169,80
„ Drahtwerke	133,50	131,50
„ Kupfer	111,75	110,50
„ Stahlwerke	54,10	54,00
Widt. Portl.-Cem.	95,00	95,25
Wittener Glashütte	101,50	102,50
„ Gussstahl	190,50	190,00
„ Stahlröhren	200,00	200,00
	—	—
Otaviminen	109,60	109,00
Deutsche Kali-Akt.	148,00	147,00
Nordhäuser	—	

Nachbörse.

Oesterr. Kredit	190 7/8	189 7/8	Phönix	274 3/8	274 1/4
Russenbank	151 3/4	151	Rhein. Stahlwerke	160 1/4	159 3/4
Russen 1902	88 3/4	88 1/4	Rombacher Hütte	171 5/8	171
Türkenlose	153 3/4	154 1/2	Gelsenkirchener	192	190 1/2
Schantungbahn	125 3/8	125 1/4	Harpener	184 5/8	184 1/8
Lombarden	18 7/8	18 5/8	Hamb.-A. Packetf.	152 1/2	150 7/8
Canada	266 3/8	264 3/4	Hansa Dampfschiff	287	283 3/4
Baltimore	106 7/8	106 7/8	Nordd. Lloyd	120 1/8	118 3/4
Oriental. Eisenb.	150	148 1/8	Allg. Elektr.-Ges.	254 1/4	253 1/4
Warschau-Wiener	—	—	D. Uebers. Elektr.	158 1/4	158
Bochumer Gußst.	220 1/4	219 1/4	Siemens & Halske	223 1/4	222
Deutsch-Luxemb.	172 1/4	171	Schuckert Elektr.	147 1/4	146 3/4
Hohenlohe-Werke	178 5/8	176 3/4	Ges. f. elekt. Untern	162 5/8	162 1/8
Laurahütte	166 1/4	165 1/8	South West Africa	130 1/4	129

Tendenz: still.

Tendenzbericht.

* **Berlin**, 8. Nov. Die Börse stand heute wieder ganz unter dem Einfluß politischer Beklemmungen. Man fürchtete, aus den vorliegenden Meldungen schließen zu sollen, daß der Gegensatz zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien in stärkerem Maße hervortrete. Aus diesem Grunde erfolgten Realisierungen, welche bei der geringen Aufnahmefähigkeit auf allen Gebieten zu Kursverlusten führten, obgleich das Angebot keineswegs umfangreich zu nennen war. Am empfindlichsten litten einzelne Montanwerte, wie Gelsenkirchener und Hohenlohe, die mehr als 2 Prozent verloren, und Hansa-Aktien, die 3 Proz. einbüßten. Sonst sind vielfach Rückgänge um 1 Proz. und mehr auf dem Montan-, Schiffahrts- und Elektro-Aktienmarkte festzustellen. Von Bahnen wurden Orientbahn-Aktien um 1,75 Proz. gedrückt im Gegensatze zu Anatoliern, die in fester Haltung verkehrten. Auf Amerikaner wirkte die gestrige unsichere Tendenz Newyorks nachteilig ein. Russische Banken gaben gleichfalls unwesentlich nach, und auf dem Fondsmarkte neigte besonders russische Anleihe von 1902 zu Abschwächungen. Dagegen waren Türkenlose etwas gebessert. 3proz. Deutsche Reichsanleihe konnte ihren Kursstand nicht behaupten. Kreditaktien stellten sich im Verlaufe um ziemlich 2 Proz. niedriger. Das Geschäft trug das Zeichen großer Lustlosigkeit, die Umsätze hielten sich in recht bescheidenen Grenzen. Obgleich anscheinend die Stimmung später etwas beruhigter wurde, konnten sich doch kaum vereinzelte Besserungen von Belang durchsetzen. Man wartet den weiteren Verlauf der Dinge ab. Tägl. Geld 4 Proz.

Die Börse schloß befestigt auf besseres London und in Erwartung beruhigender Erklärungen über die politische Lage von amtlicher Stelle.

An der Nachbörse herrschte unter der offiziellen Mitteilung über die Besprechungen mit dem italienischen Minister des Aeußern eine ziemlich feste Stimmung. Das Geschäft war bei andauernder Zurückhaltung sehr still. Industriewerte des Kassamarktes bei mäßigen Umsätzen vorwiegend schwächer. Vogtländische Maschinen 10 Proz. niedriger.

Eigene Drahtberichte des „Westf. Merkur".

Getreide.

* **Berlin**, 8. Nov. Produktenbörse. Weizen Dez. (207) 207 1/2, Mai (211 1/4) 212, Juli (—) —. Roggen Dez. (177) 177 1/4, Mai (177 1/4) 177 1/4, Juli (—) —. Hafer Dez. (181) 181 1/2, Mai (—) —. Mais amer. Dez. (—) —, Mai (—) —. Mehl 25,50—28,75. Roggenmehl 21,80 bis 23,90.

Stimmungsbericht. Trotz der matteren amerikanischen Notizen verkehrte der Getreidemarkt in gut behaupteter Haltung, da die unsichere politische Lage sowie das gering bleibende Angebot eine Stütze boten. Die Preise für Brotgetreide und Hafer waren wenig verändert. Mais lag träge, Rüböl notierte niedriger. Wetter: Schnee und Regen.

* **Paris**, 8. Nov. Wetter kalt.

	Anfang 8.	Schluß 7.		Anfang 8.	Schluß 7.
Hafer	flau	ruhig	Weizen	fest	ruhig
Nov.	23.15	23.15	Nov.	28.05	27.90
Dez.	22.70	22.80	Dez.	27.65	27.50
Jan.-April	21.70	21.90	Jan.-April	27.25	27.20
März-Juni	21.65	21.95	März-Juni	27.25	27.25
Roggen	ruhig	ruhig	Mehl	str.	ruhig
Nov.	21.30	21.30	Nov.	37.50	37.15
Dez.	21.30	21.30	Dez.	36.75	36.50
Jan.-April	21.25	21.25	Jan.-April	36.05	35.85
März-Juni	21.25	21.25	März-Juni	35.90	35.80

* **Hamburg**, 8. Okt. Produktenbörse. Gerste, südruss., cif Nov. 137, flau, schwimmend 136—000, Dez 136—000. stetig.

* **Liverpool**, 8. Nov. Roter Winterw. Dez. (7/6 5/8) 7/7 1/4, März (7/6 5/8) 7/7 1/4. fest. Mais La Plata Dez. (5/1 1/4) 5/1 1/2, Jan. (5/1 1/8) 5/1 1/2. stetig.

Zucker.

* **Hamburg**, 8. Nov., nachm. 3 Uhr. (Mittelbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg. Nov. (9,65) 9,60, Dez. (9,75) 9,70, Jan.-März (9,97 1/2) 9,87 1/2, Mai (10,20) 10,15, Aug. (10,40) 10,35, Okt.-Dez. (10,07 1/2) 10,02 1/2. Alles die 50kg. ruhig.

* **Magdeburg**, 8. Nov. Kornzucker 88% ohne Sack 9,25-9,35. Nachprodukte 75% ohne Sack 7,40-9,60. Stimmung stetig. Brodraffinade 1. ohne Fass 9,50-9,62 1/2. Krystallzucker 1. m. Sack 00,00-00,00. Gem. Raffinade mit Sack 9,25-9,37 1/2. Gem. Melis mit Sack 8,75-8,87 1/2. Stimmung stetig. Bei Abnahme von mindestens 200 Zentnern alles netto Zentner. Rohzucker 1. Produkt Transito frei an Bord Hamburg. Nov. 9,65 Gd., 9,70 Brf., Dez. 9,72 1/2 Gd., 9,77 1/2 Brf., Jan.-März 9,92 1/2 Gd., 9,97 1/2 Brf., Mai 10,15 Gd., 10,17 1/2 Brf., Aug. 10,35 Gd., 10,37 1/2 Brf., Okt.-Dez. 10,02 1/2 Gd., 10,07 1/2 Brf. Alles die 50 kg. ruhig.

Kaffee.

* **Hamburg**, 8. Nov., nachm. 3 Uhr. (Mittelbericht.) Good average Santos Dez. (68 3/4) 69 1/4, März (69 1/4) 69 3/4, Mai (69 1/4) 69 3/4, Sept. (69 1/4) 69 1/4. ruhig.

* **Havre**, 8. Nov., nachm 3 Uhr 30 Min. Kaffee good average Santos. Dez. 87 1/2, März 86 1/4, Mai 86 1/4, Sept. 86 1/4. stetig.

Oele und Spiritus.

* **Berlin**, 8. Nov. Rüböl. Nov. (—,—) —,—, Dez. (68,20) 68,30, Mai (65,10) 64,80.

* **Paris**, 8. Nov. Wetter kalt.

	Anfang 8.	Schluß 7.		Anfang 8.	Schluß 7.
Rüböl	ruhig	willig	Spiritus	stetig	ruhig
Nov.	71.50	71.75	Jan.-April	47.25	47.25
Dez.	71.25	71.25	Mai-Aug.	48.50	48.25
März-Juni	68.50	68.50	Leinöl	fest	fest
Mai-Aug.	66.75	66.75	Dez.	66.—	64.—
Spiritus	stetig	ruhig	Jan.	65 3/4	—.—
Nov.	47.25	47.75	April	65.—	—.—
Dez.	46.75	46 1/8	Mai-Aug.	64.25	63.50

Baumwolle.

* **Bremen**, 8. Nov. Baumwolle. Upland middl. loco (63 1/4) 63 1/4. fest.

* **Liverpool**, 8. Nov., mittags 12 Uhr 45 Min. Baumwolle. Umsatz 10 000 Ballen, davon für Spekulation u. Export — Ballen. Tendenz für Amerikaner loco: stetig. Preis: 6,79. Amerikanische Good ordinary Lieferungen —. fieberh. Nov. (6,60) 6,59, Nov.-Dez. (6,48) 6,47, Dez.-Jan. (6,46) 6,45, Jan.-Febr. (6,45) 6,45, Febr.-März (6,45) 6,43, März-April (6,44) 6,43, April-Mai (6,44) 6,43, Mai-Juni (6,43) 6,43, Juni-Juli (6,43) 6,42, Juli-Aug. (6,40) 6,40.

Amerikanische Warenkurse.

* **New York**, 8. Nov. Baumwolle. Dez. (11,64) 11,53, Jan. (11,75) 11,86, März (11,95) 11,93, Mai (12,00) 12,00. stetig.

* **Chicago**, 8. Nov. Weizen. Dez. (88 1/2) 89 1/4, Mai (94 1/2) 94 1/4. stetig. Mais. Mai (49) 49 1/8. stetig. Hafer. Mai (32 1/2) 32 1/2.

* **Chicago**, 8. Nov. Schmalz. Jan. (10,60) 10,60. Pork. Jan. (18,57) 18,60.

Literarisches.

✠ **Neue Kunstliteratur.** Voller Anregung von der ersten bis letzten Seite und überreich an prächtigem Illustrationsmaterial präsentiert sich das Novemberheft der „**Kunst**" (München, F. Bruckmann); es zeigt auch, wie die Leitung der Zeitschrift, großen Gesichtspunkten folgend, das Gute, wahrhaft Künstlerische aus den verschiedenen Lagern zu einen weiß. So finden wir neben einem Aufsatz über die Moderne Galerie in Wien einen solchen über die vielbesprochene, vielgerühmte u. viel angefeindete Sonderbundausstellung in Köln, bei dem die Auswahl der Illustrationen mit besonderer Sorgfalt getroffen ist. Glänzend ist die Wiedergabe der Plastiken von Anton Hanak. Als weiteren großen Aufsatz nennen wir noch den über das Haus Rosenfeld in Stuttgart, von Bernhard Pankok erbaut; der Künstler ist hier der phantasiemäßigen Richtung in der Architektur und Ausgestaltung der Innenräume, die er immer vertrat, treu geblieben und hat in diesem Werke wohl bis heute sein Bestes gegeben. Weit über 100 Abbildungen schmücken das schöne Heft, darunter mehrere farbige Tafeln.

= **Wehr und Gegenwehr.** Vorworte zur dritten und vierten Auflage der Grundlagen des 19. Jahrhunderts. Revidierte Ausgabe. Von Houston Stewart Chamberlain. Geh. 1 ℳ. München, Verlag von Bruckmann.

Vorstehende Broschüre ist ein revidierter Abdruck der umfangreichen Vorworte zur 3. und 4. Auflage der „Grundlagen des 19. Jahrhundert", die in die späteren Auflagen dieses Werkes nicht mit aufgenommen sind. Chamberlain setzt sich darin mit seinen Kritikern auseinander, erläutert sein Verhältnis zu Richard Wagner und erörtert ausführlich die Probleme Dilettantismus, Rasse, Monotheismus, Rom. Das Ganze ist hinreißend interessant und bildet eine wesentliche Ergänzung zu dem Inhalt der „Grundlagen".

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur Theodor Warneke, für den Anzeigen- und Reklameteil: Nicola Foegen, beide in Münster.

Quittung No. 27887.

„Zehn Tage [illegible] setzte ich meinem Manne unversehens Kathreiners Malzkaffee vor und er hat keinen Unterschied gemerkt."

[illegible]

Wollen wir nicht endlich Schluss machen?

So kann's doch einfach nicht weiter gehen: Tag und Nacht keine Ruhe; zugeschnürter Hals und doch keine ernsthafte Krankheit; bellender Husten; Verschleimung, die sich nicht lösen will. Ich denke, wir versuchen's nun endlich auch einmal mit Fays Sodener Pastillen, die drüben bei Müllers so famos gewirkt haben, damit du endlich auch wieder deine Nachtruhe hast und gesund wirst. Anna mag einfach eine Schachtel in der Apotheke oder Drogerie für 85 Pfg. holen, und dann wollen wir mal sehen, ob wir mit der Quälerei nicht fertig werden.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Herrn Ministers des Innern vom 29. August d. J. findet am 2. Dezember d. J. im preußischen Staate eine allgemeine Viehzählung und Zählung der Schlachtungen statt, bei deren Ausführung folgende Bestimmungen zur Anwendung kommen:

1. Die Viehzählung ist nach dem Stande vom 2. Dezember vorzunehmen und hat sich auf Pferde, Maultiere und Maulesel, Esel, Rinder, Schafe, Schweine, Ziegen, Gänse, Enten, Hühner, Truthühner und Bienenstöcke zu erstrecken. Außerdem ist durch sie die Zahl der Gehöfte mit und ohne Vieh und die der viehhaltenden Haushaltungen festzustellen.
2. Durch die Zählung soll der Viehstand jeder Haushaltung eines Gehöftes (Hauses nebst zugehörigen Nebengebäuden) ermittelt werden, mit der Maßgabe, daß am Tage der Zählung nur vorübergehend abwesendes Vieh bei der Haushaltung, zu der es gehört, mitgezählt wird und dagegen da, wo es nur vorübergehend anwesend ist, z. B. in Wirtshäusern, Ausspannungen, unberücksichtigt bleibt.
3. Die Zählung ist unter der Leitung der Ortsbehörden durch freiwillige Zähler vorzunehmen. Sie geschieht nach Gemeinden und Gutsbezirken.
4. Die Aufnahme erfolgt von Gehöft zu Gehöft und in diesem von Haushaltung zu Haushaltung mittels Eintragung des durch wirkliche Zählung ermittelten Viehstandes in die Zählkarte A. Für jede Haushaltung, bei der sich Vieh der obengedachten Art befindet, muß eine Zählkarte ausgefüllt werden, ebenso über dasjenige Vieh, dessen Besitzer nicht auf dem Gehöft wohnt. Haushaltungen ohne Vieh stellen keine Karte aus. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß bei der Zählung auch besondere Viehbestände, wie Vieh in Schlachthäusern, Viehquarantänen, auf Schiffen, in Laubenkolonien usw., Pferde in Bergwerken nicht übergangen werden. Vieh, das in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember mit der Eisenbahn befördert wird, ist auf dem Empfangsbahnhofe zu zählen. Der Name, Stand und Wohnort des Absenders, wie des Empfängers, ist auf der Zählkarte zu vermerken. Das aus dem Auslande eingeführte Vieh wird wie bisher auch gezählt.
5. Für jede Haushaltung ist außerdem über die in der Zeit vom 1. Dezember 1911 bis 30. November 1912 vorgenommenen, amtlich nicht beschauten Schlachtungen von Rindern, Schafen, Schweinen und Ziegen die Zählkarte A 1 auszufertigen, gleichviel ob dort am Zählungstage lebendes Vieh vorhanden ist oder nicht. Das in der Haushaltung in der angegebenen Zeit etwa geschlachtete fremde Vieh ist auf einer anderen, auf den Namen des Besitzers des Schlachtviehes lautenden Zählkarte nachzuweisen, ebenso sind für Haushaltungen, die verzogen sind, am bisherigen Wohnort Zählkarten auszufertigen, in die die geschlachteten Tiere eingetragen werden.
6. Die Zählkarten A und A 1 sind durch die Vorsteher der Haushaltungen oder deren Vertreter auszufertigen und durch Namensunterschrift zu bescheinigen. Wo dies nicht möglich erscheint, ist die Ausfertigung und Bescheinigung durch den Zähler auf Grund der an Ort und Stelle persönlich einzuziehenden Erkundigungen zu bewirken.
7. Die ausgefertigten Zählkarten sind von den mit der Leitung der Zählung betrauten örtlichen Behörden genau zu prüfen. Erforderliche Ergänzungen und Berichtigungen sind sofort zu veranlassen und müssen vor den im § 7 Absatz 2 festgesetzten Einreichungsfristen beendet sein. Etwa nötige Nachzählungen sind auf den Stand vom 2. Dezember zu beziehen. In betreff der in den Zählkarten enthaltenen Nachrichten über den Viehbesitz des Einzelnen ist das Amtsgeheimnis zu wahren; die Angaben dürfen nur zu amtlichen statistischen Arbeiten, nicht aber zu anderen Zwecken, insbesondere auch nicht zu Steuerzwecken, benutzt werden.
8. Dem Königlich Preußischen Statistischen Landesamte in Berlin SW. 68, Lindenstraße 28, ist die Vorbereitung der Erhebung sowie die Prüfung und Zusammenstellung der Zählungsergebnisse übertragen.

Ich weise nochmals darauf hin, daß die Viehzählung und die Zählung der Schlachtungen mit der Veranlagung der Steuern in keiner Verbindung steht, dagegen ist sie von der größten Wichtigkeit für die Landwirtschaft und viele gemeinnützige Unternehmungen, für die Staats- und Gemeindeverwaltung sowie für die Förderung wissenschaftlicher Zwecke.

Sie kann wegen der damit verbundenen umfangreichen Arbeiten ohne Entgegenkommen und bereitwillige Mitwirkung der Bevölkerung nicht zweckmäßig ausgeführt werden. Da deren Teilnahme sich bei den früheren Zählungen bewährt hat, darf auch bei der bevorstehenden Zählung auf sie gerechnet werden.

Die Feststellung des Viehbestandes wird wie früher wieder durch Zählkarten bewirkt, welche durch die Zähler selbst von Gehöft zu Gehöft (Haus zu Haus) am 29. und 30. November d. J. ausgestellt und am 3. Dezember wieder eingesammelt werden, nachdem am 2. Dezember, dem eigentlichen Zähltage, die Zählkarten von den Haushaltungsvorständen ausgefüllt worden sind.

Ich bitte die Eingesessenen des Regierungsbezirks, sich ebenso dem ihnen etwa zu übertragenden Ehrenamte eines Zählers unterziehen als auch die ihnen übermittelten, nur einfache Fragen enthaltenden Zählkarten sorgfältig und rechtzeitig ausfüllen zu wollen.

Münster, den 5. Oktober 1912.

Der Regierungs-Präsident.
von Jarotzky.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis der Eingesessenen des Stadt- und Landkreises Münster gebracht.

Der Landrat des Landkreises Münster. **Der Oberbürgermeister.**

Bekanntmachung.

Auf Veranlassung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe wird in der Zeit vom 7. bis einschließlich 21. Januar 1913 voraussichtlich in Rheine i. W. ein staatlicher **Wanderkursus für Heizer und Maschinisten** abgehalten werden.

Derselbe hat den Zweck, durch Hebung der technischen Einsicht und durch Anregung zum Nachdenken bei dem Heizer das Gefühl für seine Verantwortlichkeit zu steigern und ihm die Ausübung seiner Pflichten zu erleichtern. Es wird von einem dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe unmittelbar unterstellten Lehrer und einem Lehrheizer geleitet. Der Unterricht erfolgt als Tagesunterricht von 8 bis 9stündiger Dauer und zerfällt in einen theoretischen und einen praktischen Teil. Zur Aufnahme wird in der Regel nur eine beschränkte Teilnehmerzahl von etwa 20 Schülern zugelassen. Diese sollen in der Regel bereits mindestens ein Jahr als Heizer im praktischen Betriebe tätig gewesen sein. Doch können zur Teilnahme an dem Lehrkursus in einzelnen Ausnahmefällen auch Werkmeister und ähnliche Aufsichtsbeamte sowie solche Personen zugelassen werden, die noch kein volles Jahr als Heizer praktisch tätig gewesen sind, wenn ihr Arbeitgeber oder der Dampfkesselüberwachungsverein dies befürwortet, und wenn dadurch die zulässige Zahl der Teilnehmer nicht überschritten wird. In diesen Fällen ist ein Vermerk über das Fehlen einer entsprechenden Praxis in das Zeugnis aufzunehmen. Nach Beendigung des Unterrichts findet eine mündliche Schlußprüfung statt. Das Schulgeld beträgt 6 ℳ und ist von den Teilnehmern vor Beginn oder spätestens am ersten Tage des Unterrichts an die ihnen bezeichnete Kasse zu zahlen. Die Quittung über das bezahlte Schulgeld ist dem Leiter bei Beginn des Unterrichts vorzuzeigen. Von Angehörigen preußischer Staatsbetriebe ist für die Teilnahme an den staatlichen Heizerkursen Schulgeld nicht zu erheben. Den Schülern werden Bescheinigungen darüber ausgestellt, daß sie an dem staatlichen Heizerkursus mit vollem Tagesunterrichte regelmäßig teilgenommen und zutreffendenfalls, daß sie sich den Schlußprüfungen mit Erfolg unterzogen haben.

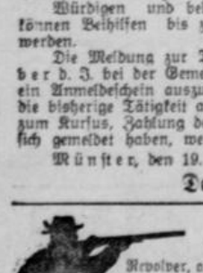
Im Falle des Bedürfnisses können auch solche Heizer zu den praktischen und mündlichen Prüfungen zugelassen werden, die den staatlichen Kursus nicht durchgemacht haben. Anträge auf Zulassung solcher Heizer, die wegen der Beschränkung des Kursus auf etwa 20 Schüler oder aus anderen Gründen (größere Entfernung, schon vorhandene ausreichende Befähigung u. a. m.) an dem Kursus nicht teilgenommen haben, sind jedoch nur dann zu berücksichtigen, wenn der zuständige Dampfkesselüberwachungsverein die Zulassung befürwortet. Für die Ausstellung der entsprechenden Prüfungsbescheinigung ist in solchen Fällen eine Gebühr von 5 ℳ zu erheben.

Würdigen und bedürftigen Teilnehmern an dem Kursus können Beihilfen bis zur Höhe von 20 ℳ von mir gewährt werden.

Die Meldung zur Teilnahme hat bis zum 10. November d. J. bei der Gemeindebehörde zu erfolgen. Bei derselben ist ein Anmeldeschein auszufüllen und es sind Bescheinigungen über die bisherige Tätigkeit am Kessel vorzulegen. Ueber die Zulassung zum Kursus, Zahlung des Schulgeldes usw., wird denjenigen, die sich gemeldet haben, weitere Mitteilung gemacht werden.

Münster, den 19. Oktober 1912.

Der Regierungspräsident.



Jagd- u. Scheibengewehre aller Syst., Vogelflinten, Flobert, Luftgewehre, Teschings, Revolver, automat. Pistolen und Gewehre aller Art, liefere ich zu Fabrikpreisen direkt an Private unter 3jähr. Garantie. Ferner Jagdgeräteschaften u. Munition. Bei Bedarf in diesem Artikel wollen Sie bitte meinen Katalog verlangen, welchen ich kostenlos u. ohne Kaufzwang an Jedermann verschicke. Teilzahlung gestattet. Ansichts-Sendungen bereitwilligst. Reparaturen prompt und billigst. 7585

Waffenhaus Jos. Bopp, Cöln a. Rh. Ehrenfeld 38.

Deutsche Militärdienst- und Lebens-Versicherungs-Anstalt a. G. in Hannover

Errichtet im Jahre 1878.



Abteilung I: Militärdienst- und Brautaussteuer-Versicherung. Gesamt-Versicherungsbestand: **320** Millionen Mark.

Abteilung II: Lebens- und Studiengeld-Versicherung. Gesamt-Aktiva: **143** Millionen Mark.

Antragssumme 1911: **33,5** Millionen Mark.

Geleistete Auszahlungen:

bis Ende	1890	1.1	Millionen Mark
„ „	1900	28	„ „
„ „	**1905**	**69**	„ „
„ „	**1911**	**144**	„ „

Die **Deutsche Militärdienst- und Lebens-Versicherungs-Anstalt a. G. in Hannover** übernimmt unter sehr vorteilhaften Bedingungen (g 222)

Militärdienst-, Brautaussteuer-, Studiengeld- u. Lebens-Versicherungen,

die letzteren auch mit Einschluss von **Familienrente, Witwen- und Waisenpension** und mit **Prämienbefreiung** und Zahlung einer **Invalidenrente** im Falle der Erwerbsunfähigkeit. **Alle Ueberschüsse fallen den Versicherten zu.**

General-Agentur Münster,
Inhaber: **F. von Linsingen,** Rudolfstrasse 9.

Afrikan. Weine

Weissweine, süsse Muscatweine u. Rotwein

garantiert naturrein

aus der Domäne Henchir-Hammamet, Tunis.

Direkter Import. 6706

Preislisten zu Diensten.

Alleinige Vertretung für Deutschland:

Weingesellschaft des Karlshauses

Oster & Cie., Aachen.

Für die hiesige Gegend Vertreter gesucht.



Berlin Terminus-Hotel 5268

Jetzt: Friedrichstr. 56/57, Ecke Leipziger Str.

Neu! Beste Lage, mässige Preise, Zimmer mit Bad.

Besitzer: Rud. Trapp.

Fahrplanbuch

für Westfalen und die angrenzenden Bezirke mit Berücksichtigung des Fernverkehrs.

Preis 15 Pfg.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie direkt durch die

Westfälische Vereinsdruckerei,

Münster (Westf.), Königstr. 59.

Große westdeutsche Maschinenfabrik

sucht für den kommissionsweisen Vertrieb von Bergwerks- und Zerkleinerungsmaschinen aller Art, Eis- und Kühlmaschinen, Transportanlagen, Eisenkonstruktionen, gelochten Blechen etc. für den Regierungsbezirk Osnabrück und Münster und Umgebung einen in Münster oder nächster Nähe ansässigen

Vertreter möglichst Ingenieur

der mit der in Betracht kommenden Kundschaft in langjährigem Verkehr steht u. auch über langjährige Erfahrungen in den genannten Spezialitäten verfügt.

Ausführliche Angebote und Referenzen werden erbeten unter K. 8071 an die Geschäftsstelle des Westfäl. Merkur.

Das unentbehrliche Hilfsmittel der Gebildeten



Herders Konversations-Lexikon

Ergänzt bis 1910. Neun reichillustr. Bände. ℳ 115.–

Dieses Lexikon zeichnet sich dadurch aus, daß es in nur 9 Bänden den ganzen ungeheuren Wissensstoff aufs sorgfältigste verarbeitet hat. Es erhält dadurch den Vorzug der Handlichkeit und Billigkeit.

Gegen bequeme Ratenzahlungen (von ℳ 3.– an monatlich) durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Prospekte kostenfrei von der Herderschen Verlagshandlung, Freiburg im Breisgau.

Berlin · Karlsruhe · München · Straßburg · Wien · London · St. Louis, Mo.



Büro- und Herrenzimmer-Einrichtungen Marke „KLIO"

Schreibtische, Schränke, Bücherstellagen etc. sind die besten u. billigsten.

Kataloge gratis und franko. — Extra-Ausführungen nach Wunsch.

Klio-Werk, G. m. b. H., Hennef (Sieg) 71.

---

25 Preis-Medaillen!



Underberg-Boonekamp

Semper idem

Fabrikation alleiniges streng gewahrtes Geheimnis der Firma:

H. UNDERBERG-ALBRECHT

Hoflieferant Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm II.

RHEINBERG (Rheinland).

Gegr. 1846.

Anerkannt bester Bitterlikör!

Man verlange einfach: **„Underberg"** Gesetzlich geschützte Wortmarke 17 636.

Germania in Stettin

Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.

Sicherheitsfonds:	Versicherungsbestand im Februar 1912:
396 Millionen Mark.	900 Millionen Mark.

Dividende an die Versicherten in 1913/14 bis zu 90¾% der vollen Prämie.

Geschäftszweige: **Lebens-, Invaliditäts-, Aussteuer-, Leibrenten-, Unfall- und Haftpflicht-Versicherung.** 2568

Neu aufgenommen: Todesfall-Versicherung **ohne** ärztliche Untersuchung mit durchweg **garantierten** Leistungen und zu den vorteilhaftesten Bedingungen.

Prospekte und jede weitere Auskunft kostenfrei durch **Fritz Westhoff,** Hauptagent, Kanalstraße 11, **Aug. Kuhlmann,** Bezirksbeamter, Frauenstraße 28, in Münster.

Eine hygienisch vollkommene, in Anlage u. Betrieb billige

Heizung für das Einfamilienhaus

ist die Frischluft-Ventilations-Heizung. In jedes auch alte Haus leicht einzubauen. Prospekte gratis und franko durch Schwartzkopff, Schlecker & Co. Nachf., G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Westfälische Zentrumspartei.

Aus Anlaß des

6. Sauerländischen Parteitages

für die

Kreise Arnsberg, Brilon, Lippstadt, Meschede, Olpe, Siegen und Wittgenstein und den Wahlkreis Altena-Iserlohn

findet in

Hagen

am

Sonntag, den 17. November 1912
nachmittags 4 Uhr

im „Kaisergarten", Hagen-Eckesey, eine

öffentliche Versammlung

statt, zu der alle Zentrumsmänner höflichst eingeladen werden.

Redner: Reichstags-Abgeordneter, Erbkämmerer **Graf Friedrich von Galen** u. Generalsekretär **Brand,** Münster.

Münster, den 9. November 1912.

Der Provinzial-Vorstand der Westfälischen Zentrumspartei.
Herold, Vorsitzender.

Pensionat

geleitet von den Schwestern der Genossenschaft J. M. J.

zu

Millingen bei Cleve.

Gründlicher Unterricht in der deutschen, französischen und englischen Sprache, wie auch in allen in höheren Töchterschulen üblichen Fächern und in der Musik. Pensionspreis 290 Mark. Für schulentlassene Mädchen ein Fortbildungs- nebst Zuschneidekursus, Preis 300 Mk., Haushaltungs-Kursus, Preis 320 Mk.

Die regelmäßige Omnibusverbindung zwischen Millingen und Cleve erleichtert den Eltern den jederzeitigen Besuch ihrer Kinder.

Nähere Auskunft und Prospekte erteilt die Oberin und der hochwürdige Herr Rektor J. v. d. Alker. 3134

Wie mühelos ist doch das Putzen



Seitdem wir Immalin benutzen!

Immalin macht das Leder durch seinen hohen Fettgehalt schmeidig und wasserdicht, ist im Gebrauch sehr billig und bequem, da wöchentlich nur ein etwa 3maliges Auftragen, sonst nur Nachbürsten bezw. Nachreiben genügt und der mühelos erzielte Glanz weder durch Regen noch durch Staub entfernt wird.

Aug. Hammerschlag

Cigarrenfabrikant in Bremen,

empfiehlt von seinen rühmlichst bekannten Cigarren insbesondere die Special-Marken:

Imt. Havana-Aussch. Ia. Ia., mittelkräftig, à Mk. 66 für 1000 Stück
Aromatica, milde und leicht . . . . . à Mk. 81 für 1000 Stück

wovon **Probezehntel** gerne zu Diensten stehen.

Rücksendung ist gestattet. 2977 Versuch also ohne Risiko.

Bekanntmachung.

Hierdurch [illegible] bekannt, daß die Neuherstellung [illegible] oder gegen die Errichtung [illegible] Einspruchserhebung **für das Tischler-, Polsterer- und Dekorateur-Handwerk** im Stadtbezirk [illegible] schriftlich bis **zum 18. [illegible] d. Js.** oder mündlich [illegible] Zeit vom 11. bis einschl. [illegible] Novbr. d. Js. bei mir abgegeben sind.

Die Abgabe der mündlichen Anfechtung kann während des angegebenen Zeitraumes werktäglich mit Ausnahme Sonnabend nachmittag, von 9½ Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 3½ bis 7 Uhr nachmittags auf dem Zimmer Nr. 104 des hies. Verwaltungsgebäudes erfolgen.

Ich fordere hierdurch alle Handwerker, die im Stadtbezirk Münster das Sattler-, Polsterer- und Dekorateur-Handwerk betreiben, zur Abgabe ihrer Aeußerung und dem Bemerken auf, daß nur solche Erklärungen, die erkennen lassen, ob der Erklärende der Errichtung der Innung zustimmt oder nicht, gültig sind und daß nach Ablauf des obigen Zeitpunkts eingehende Aeußerungen unberücksichtigt bleiben.

Die Abgabe einer Erklärung ist auch für diejenigen Handwerker erforderlich, welche den Antrag auf Errichtung einer Zwangsinnung gestellt haben.

Münster, den 2. Novbr. 1912.

Der Kommissar:
Darius, Stadtsekretär.



Fahrräder, erstklassig, direkt von der Fabrik an Private und Händler von Mark 49.50 an

Zubehörteile, Mäntel von Mark 2.80 an,

Reparaturen, auch an fremden Fabrikat prompt und billigst,

Nähmaschinen von Mk. 56.– an.

Katalog umsonst und portofrei.

Fabriklager der Duisburger Fahrradfabrik „Schwalbe" A.-G.

Gegründet 1896.

Münster i. W.

Frauenstrasse 24.

Telephon 822. 1408

Das Volksbureau

in **Münster i. W.,**

nur **Bergpost 6,** 1 Treppe hoch, gibt **Auskunft** in Fragen [illegible] Alters-Versicherung, Mietrecht, Steuerfragen etc.) und fertigt **Schriftsätze** an.

Geringe Gebühren.

Geschäftsstelle des Bauvereins für die Stadt Münster, Bergpost 6, 1 Treppe, nimmt unentgeltlich Beitritts-Erklärungen, Zahlungen, Wohnungs-Anmeldungen und dergl. entgegen.

Das Arbeits-Nachweis-Bureau (ebenfalls Bergpost 6, Nr. 6, 1 Treppe hoch) vermittelt **unentgeltlich** Stellen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, gewerbl. u. sonst. Arbeitern, Handwerkern, Dienstboten usw.

Medizin-Bitter

von E. & O. Schützendorf, Düsseldorf

erklären die Aerzte für den besten Magenbitter, der fabriziert wird. In Flaschen ½ Ltr. ℳ 3.–, ¼ Ltr. ℳ 2.50, ⅛ Ltr. ℳ 1.80, ⅙ Ltr. ℳ 1.–, ⅛ Ltr. ℳ 0.60 und in Ausschank in **Münster** bei Aug. **Brecht „Frankfurter Hof".**